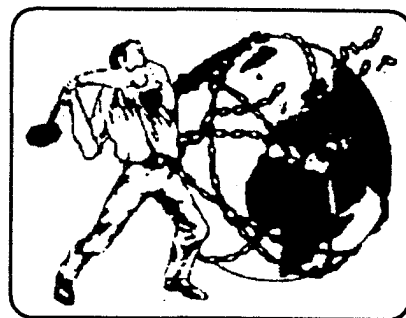

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands

Nr. 58

Dezember 1991

4,- DM

Die Entwicklung der SED - ein Teil der "deutschen Misere"

Was heute auf dem Gebiet der Ex-DDR passiert, hat selbst pessimistische Erwartungen übertroffen. Nachdem sich die Versprechungen der westdeutschen Politiker als Lug und Betrug herausgestellt hatten, nachdem Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter in der Ex-DDR ihren Arbeitsplatz verloren hatten, die Lebensbedingungen sich in rasantem Tempo verschlechterten, entwickelte sich bisher keine ernsthafte Massenbewegung gegen dieses brutale Vorgehen der west/deutschen Imperialisten, gegen die in immer rasanterem Tempo vor sich gehende Einverleibung der DDR.

Doch es kam noch schlimmer. Die Neonazis konnten besonders rückständige Teile der DDR-Bevölkerung für eine deutsch-rassistische Pogromstimmung gegen alle "Nichtdeutschen" mobilisieren. Der Pogrom in Hoyerswerda steht für den "Erfolg" der Nazis.

Immer mehr demokratische und fortschrittliche Kräfte verfallen angesichts dieser Situation zunehmend in *Resignation und Defätismus*. Lähmendes Entsetzen greift um sich oder die

eigene Wut wird durch Geschimpfe über die katastrophale Lage der Arbeiterbewegung abreagiert. Doch das alles führt nicht weiter.

Wollen wir das heutige Geschehen in der Ex-DDR wirklich verstehen, so müssen wir unbedingt die tiefliegenden Ursachen dieser Entwicklung analysieren. *Die rücksichtslose Kritik der heutigen Zustände in der Ex-DDR ist unmöglich ohne die kritische Analyse der Geschichte und Vorgeschichte der DDR und der SED.*

Für alle revolutionären und kommunistischen Kräfte ist die Analyse der *Geschichte der SED* von überragender Bedeutung. Denn die zunehmende Welle des *Antikommunismus* kann nicht bekämpft werden ohne vollständige Klarheit über die Entwicklungsetappen einer Partei, die 1945/46 versprach, das Erbe Rosa Luxemburgs, Karl Liebknechts und Ernst Thälmanns, das Erbe Friedrich Engels' und Karl Marx' anzutreten, und bei Honecker, Krenz, Modrow und Schalck-Golodkowski endete.

Über unsere Herangehensweise

Wenn wir heute die Geschichte der SED analysieren, ihre Entstehung, ihre weitere Entwicklung beurteilen wollen, müssen wir uns vor einem verhängnisvollen Fehler hüten: Wir dürfen nicht einfach vom heutigen Standpunkt ausgehen, die Entwicklung nach ihrem Ergebnis beurteilen und die SED einfach in Bausch und Bogen verdammen, weil wir das abstoßende Ergebnis ihrer Entwicklung vor Augen haben.

Die KPD stand 1945 vor einem Desaster. Sie hatte im Kampf gegen die Nazis eine schwere Niederlage erlitten: ihre Massenbasis, die sie während der Weimarer Republik gehabt hatte, war dahingeschmolzen. Der Terror der Nazis hatte viele der besten deutschen Kommunisten und Antifaschisten dahingerafft. Der Nazifaschismus wurde nicht durch das deutsche Volk geschlagen, sondern durch die anderen Völker, breite Massen des deutschen Volkes und der deutschen Arbeiterklasse waren noch immer vom Gift der Nazi-Ideologie verseucht.

Diejenigen, die sich 1945 daranmachten, die Niederlage des deutschen Imperialismus zu nutzen, ein demokratisches, antifaschistisches, friedliches Deutschland zu schaffen, den Weg in Richtung auf ein sozialistisches Deutschland einzu-

schlagen - das waren **die besten Frauen und Männer, die die deutsche Arbeiterklasse und die Werktätigen hatten**, das waren die deutschen Antifaschisten und Kommunisten. Die Kommunisten, die oftmals den Kerkern und KZs der Nazis entkommen waren, oftmals im Kampf gegen den Faschismus blutige Opfer gebracht hatten, waren der Sache des Sozialismus und Kommunismus treu geblieben, wollten in der Tradition von Marx und Engels, von Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Ernst Thälmann ein neues Kapitel in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung aufschlagen. Unterstützung erhielten sie dabei von der damals noch sozialistischen Sowjetunion unter Führung Stalins, den volksdemokratischen Ländern Osteuropas und überhaupt von der gesamten kommunistischen Weltbewegung.

All das darf nicht in Vergessenheit geraten, all das achten wir, verteidigen wir, lassen wir nicht in den Schmutz treten!

Doch um der Tradition von Marx, Engels, Luxemburg, Liebknecht und Thälmann, der Tradition der deutschen Arbeiterbewegung und der Opfer der Nazis gerecht zu werden, ist es auch erforderlich, **schonungslos Kritik** zu üben an all den Versäumnissen und Fehlern, die damals be-

gangen wurden. Denn nur so läßt sich aus den gemachten Fehlern lernen, lassen sich diese Fehler in Zukunft vermeiden. Nur so ist die weitere Entwicklung der SED und der DDR, der Verrat an den hoffnungsvollen Ansätzen der ersten Jahre nach 1945 zu verstehen und zu erklären. Und nur so kann den berufsmäßigen Antikommunisten des west/deutschen Imperialismus entgegengetreten werden, die natürlich jeden kleinsten Fehler hämisch anführen, um den wirklichen Sozialismus und Kommunismus zu diskreditieren!

Auf dieser Grundlage haben wir uns einige Eckpfeiler der Einschätzung der SED erarbeitet.



Bei den Weltjugendfestspielen 1951 in Berlin setzten die fortschrittlichen Jugendlichen aus aller Welt noch große Erwartungen in die SED und die DDR.

Die Ausgangssituation in Deutschland 1945

Am 8. Mai 1945 kapitulierte die Nazi-Wehrmacht. Das deutsche Volk hatte sich nicht selbst befreit, sondern der Nazifaschismus wurde von den alliierten Armeen und den gegen den Faschismus kämpfenden Völkern besiegt. Der deutsche Imperialismus war geschlagen, aber nicht zer schlagen. Seine Armee war in ganz Deutschland vernichtet. Die Armeen der Anti-Hitler-Koalition besetzten Deutschland und übernahmen dort die Macht. Deutschland wurde in verschiedene Besatzungszonen eingeteilt. In Westdeutschland standen die Armeen der USA, Englands und Frankreichs. Der Osten Deutschlands wurde von der Roten Armee besetzt. Die KPD bzw. SED wurde in der sowjetisch besetzten Zone (SBZ) bzw. der DDR an der Macht beteiligt.

Die Politik der Anti-Hitler-Koalition gegenüber Deutschland nach der Niederlage des Nazifaschismus wurde auf der Potsdamer Konferenz im August 1945 festgelegt. Die sozialistische Sowjetunion konnte den imperialistischen Mächten USA und England weitgehende Kompromisse abringen. Die Beschlüsse des *Potsdamer Abkommens* waren entscheidende Rahmenbedingungen für die Schaffung eines demokratischen Deutschlands, in dem die Nazis berechtigterweise diktatorisch unterdrückt worden wären.

Um den deutschen Militarismus und Nazismus auszurotten, stellte das Potsdamer Abkommen wesentliche antifaschistische Aufgaben auf ökonomischem, politischem und ideologischem Gebiet.

Damit standen die Kommunisten in Deutschland vor einer komplizierten Lage. Einerseits bot sich

ihnen die *historische Chance* - beteiligt an der Staatsmacht in der SBZ -, einen konsequenten antifaschistischen und demokratischen Kampf mit dem langfristigen Ziel der Errichtung der Diktatur des Proletariats und des Aufbaus des Sozialismus zu führen. Andererseits war die Situation gekennzeichnet von so vielen *Besonderheiten*, daß eine bloße Fortführung der Linie der KPD von vor 1945 oder gar vor 1933 daher nicht möglich war. Die Gefahr der Revision der Prinzipien der proletarischen Revolution war dadurch besonders groß. Die Aufgabe der Kommunisten war nun, im richtigen Kampf gegen beide Abweichungen - *gegen den Schematismus und gegen die Revision der Prinzipien* - die Prinzipien des Marxismus-Leninismus korrekt auf die besonderen Bedingungen Deutschlands nach 1945 anzuwenden, um eine richtige Politik durchführen zu können. Wie die Kommunisten in der damaligen SBZ an diese Aufgabe herangegangen sind, wie sie mit dieser Herausforderung fertig geworden sind, das ist das eigentliche Thema unserer Analyse der SED. Wir wollen im folgenden thesenartig einige Probleme aufwerfen und zur Diskussion stellen.



Mai 1945: Die Rote Armee befreit Berlin vom Nazifaschismus

Thesen zur Diskussion über die Entwicklung der SED

Die Organisation "Gegen die Strömung" hat auf einer Konferenz begonnen, eine Analyse der Entwicklung der SED anzupacken. Eine erste Zusammenfassung der Diskussion auf einer Veranstaltung zum gleichen Thema ist in der vorliegenden Nummer abgedruckt (s.S. 7). Dabei geht es unter anderem um den Aufruf des ZK der KPD vom Juni 1945, um die Umsetzung der Bestimmungen des Potsdamer Abkommens, den Vereinigungsparteitag zur Gründung der SED 1946, die Propagierung eines "besonderen deutschen Weges" zum Sozialismus, um den Charakter der Staatsmacht in der SBZ/DDR und um den 17. Juni 1953. Der Bericht soll dazu dienen, daß durch Diskussionen und weitere Beiträge zu dem Thema möglichst viele Genossinnen und Genossen in den nächsten Monaten und Jahren an einer umfassenden Analyse der Entwicklung der SED teilnehmen können.

In der Zeit zwischen 1945 und 1956 sehen wir bei der Betrachtung der Entwicklung der KPD bzw. später dann der SED folgende Punkte im wesentlichen als positiv an:

- ★ Im Gegensatz zur Politik in den Westzonen wurden in der SBZ die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens in wesentlichen Punkten erfüllt oder zumindest angegangen. Auf ökonomischem und auch politischem Gebiet wurden dabei in der SBZ und der DDR großartige Erfolge erzielt, die noch heute den westdeutschen Imperialisten ein Dorn im Auge sind und die wir unbedingt verteidigen müssen.

Die KPD rief im September 1945 zur Enteignung der Junker und Nazi-Kriegsverbrecher auf dem Land auf. Unter Beteiligung von Teilen der Landbevölkerung - durch Schaffung von Kommissionen der werktätigen, ausge-

beuteten Landbevölkerung - wurde die Parole "Junkerland in Bauernhand!" bis 1949 weitgehend verwirklicht. Bis 1949 wurden 4483 Güter mit über 2,5 Millionen ha Boden enteignet und an die armen, ausgebeuteten Bauern und Landarbeiter übergeben.

Gleichzeitig wurde beschlossen, Industriebetriebe von Nazi- und Kriegsverbrechern zu enteignen. Durch Volksentscheide wurden die werktätigen Massen an dieser Entscheidung beteiligt. In Sachsen beispielsweise stimmten 70% von 93% der gesamten Bevölkerung für die entschädigungslose Enteignung dieser Betriebe. Es wurden praktisch alle wichtigen Industriezweige in der SBZ bzw. DDR nationalisiert.

Die Entnazifizierung in der SBZ bzw. DDR wurde in vielen Bereichen gründlich durchgeführt. Über 12 000 Nazis wurden von Gerichten verurteilt, 500 000 Personen haben während der Entnazifizierung in der SBZ bzw. der DDR ihre Ämter verloren, 70% aller Lehrer wurden entlassen.

Doch bei der Erfüllung des Potsdamer Abkommens wurde nicht immer konsequent vorgegangen. Der Kampf gegen die Nazis wurde allzu früh reduziert und später dann praktisch eingestellt. Insbesondere auf dem Gebiet des ideologischen Kampfes gegen die Nazi-Ideologie und andere reaktionäre Ansichten sind schwere Versäumnisse zu verzeichnen.

- ★ Durch ihre Arbeit schuf die SED die Möglichkeit, daß sich nicht nur die Parteimitglieder, sondern auch die breiten Massen der Werktätigen in der SBZ/DDR mit dem Marxismus-Leninismus auseinandersetzten, ihn kennenlernen und darüber diskutierten. Die Heraus-

gabe der Werke von Marx und Engels, Lenins und Stalins, das Publizieren der Dokumente der internationalen kommunistischen Bewegung und ihre Propagierung ist ein unbestreitbares Verdienst der damaligen SED.

- ★ Schließlich machte die SED durch ihren Kampf für ein demokratisches, antifaschistisches und friedliebendes Deutschland Keimformen sozialistischer Demokratie und Ökonomie sichtbar, ließ erahnen, wie eine entfaltete proletarische Demokratie, wie eine blühende sozialistische Wirtschaftsordnung aussehen mußte. Das war nicht nur Perspektive für die fortschrittlichen und revolutionären Kräfte in der DDR, sondern auch Ansporn für die Arbeiterklasse und die Werktätigen Westdeutschlands.

All diese Punkte waren allerdings nicht durchgehend positiv, oft war die Politik der SED diesbezüglich widersprüchlich und verquer. Vieles wurde außerdem nur durch die tatkräftige Unterstützung der sowjetischen Militäradministration möglich. Doch all das ändert nichts daran, daß wir diese als im Kern richtige Errungenschaften der SED einschätzen, die wir verteidigen. Ganz anders verhält es sich jedoch mit den folgenden Punkten, die wir für schwere Fehler der SED halten:

- Angesichts der schwierigen Zustände in der SBZ hinsichtlich des Bewußtseinsstandes der Arbeiterklasse und der Werktätigen hat die KPD/SED auf ihre Art kapituliert. Sie gab sich der Lebenslüge hin, daß bereits die Mehrheit des Volkes auf ihrer Seite stünde, ihren Kurs unterstütze. Doch um an die reaktionär verhetzten Massen heranzukommen, wählte sie den falschen Weg. Die Versuche der SED, an die breiten Massen heranzukommen, waren immer mehr verbunden mit faulen Zugeständnissen an die tiefsitzende nationalistische Ideologie und an ein Verniedlichen oder gar Bestreiten der Mitverantwortung des deutschen Volkes für die Verbrechen des Nazifaschismus. Dabei ist es letztlich einerlei, ob das bei den führenden Kadern der SED aus Überzeugung, aus falsch verstandener "Taktik" oder beidem erfolgte.

**Beiträge zu diesem Thema
schickt bitte an den**

**Buchladen Georgi Dimitroff
Koblenzer Str. 4
6000 Frankfurt/Main 1**

**Öffnungszeiten: Mittwoch bis
Freitag 15.30 - 18.30 Uhr,
Samstag 9 - 14 Uhr, Montag/
Dienstag geschlossen.**

- "Folgerichtig" war es daher auch, wenn der anfänglich sehr konsequent begonnene Kampf gegen die Nazis im Rahmen der Bestimmungen des Potsdamer Abkommens zunehmend aufgeweicht wurde. Schon im März 1948 stellten - viel zu früh - bereits die Entnazifizierungsausschüsse ihre Arbeit ein. Alte aktive Nazis wurden faktisch wieder rehabilitiert, d. h. für den Kampf für ein "einheitliches, demokratisches Deutschland" umworben. Die Idee der notwendigen und berechtigten Diktatur über die Nazis wurde aufgegeben, in der Konsequenz mußte auch das Konzept der Diktatur des Proletariats verwässert werden.
- Daher war es auch unmöglich, daß sich in der DDR eine breite sozialistische Demokratie entfalten konnte, denn wirklich demokratische Verhältnisse für die breite Masse der Arbeiterklasse und der Werktätigen ist nur möglich auf der Grundlage der Diktatur über die alten Ausbeuter und Unterdrücker. Die positiven Ansätze, die es anfangs gab, verkamen zur Karikatur und später dann zur Hülle für die neuen Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse durch die neue Bourgeoisie. Daß dieser Prozeß nicht gestoppt werden konnte, daß die positiven Ansätze nicht ausgebaut werden konnten, hängt unmittelbar mit dem Fehlen einer Atmosphäre von Kritik und Selbstkritik, sowohl in der Partei, als auch unter den Volksmassen zusammen. Dafür trägt die SED die Verantwortung.

Aus den anfänglichen Fehlern und Versäumnissen der SED wurde eine falsche Linie, die schließlich zum revisionistischen Verrat führte

Spätestens seit Mitte der 50er Jahre etablierte sich im Zusammenhang mit der Machtübernahme der Chruschtschow-Revisionisten und der Liquidierung der als "Stalinisten" bezeichneten Revolutionäre in der Sowjetunion die **neue Ausbeuter- und Unterdrückerklasse in der DDR** in Form der herrschenden Parteibükratie. Die Arbeiterinnen und Arbeiter, die Bauern und die anderen Werktätigen wurden wieder ausgebeutet und unterdrückt - nur daß ihnen das auch noch als "notwendige Entbehrungen für den Aufbau des Sozialismus" verkauft wurde. Und hier wird eines der größten **Verbrechen der Revisionisten der SED** sichtbar: Jahrzehntlang **diskreditierten sie die sozialistischen und kommunistischen Ideale**, indem sie ihre stümperhafte Kopie des westlichen Kapitalismus als "Sozialismus" ausgaben. Ihre Prinzipienlosigkeit mündete schließlich in dem Ausverkauf und der Übergabe der DDR an den west/deutschen Imperialismus!

Der west/deutsche Imperialismus triumphiert in mehrerlei Hinsicht:

- Er hat die historischen Folgen seiner Niederlage im zweiten Weltkrieg wieder "wettgemacht";
- er hat dem, was er als "Sozialismus" und "Kommunismus" ausgibt, den Garaus gemacht, "für immer", wie er erklärt;
- durch die immer weiter voranschreitende Einverleibung der DDR hat er einen ungeahnten Machtzuwachs erhalten, ein Gewicht,

das er in die Waagschale wirft, wenn es in Konkurrenz zu den anderen imperialistischen Großmächten um die Neuaufteilung der Welt geht.

Der Kampf gegen diesen gefährlichen Feind ist nur möglich, wenn wir trotz der großen Niederlagen am **Marxismus-Leninismus**, am wissenschaftliche Kommunismus festhalten, der uns den Weg weist. Wir müssen aber auch aus den **Erfahrungen der sozialistischen Sowjetunion unter der Führung Lenins und Stalins**, den Erfahrungen der kommunistischen Weltbewegung und der kommunistischen Arbeiterbewegung in Deutschland lernen. Wir müssen die Erfahrungen der **kommunistischen Arbeiterbewegung unter Führung Rosa Luxemburgs, Karl Liebknechts und Ernst Thälmanns** ebenso auswerten wie die Erfahrungen der **Kommunisten in der Zeit der Nazi-Barbarei**. Und schließlich gehören dazu auch die Erfahrungen der **KPD und SED nach 1945**.

Nur durch eine solche Auswertung ist es möglich, aus den Niederlagen gestärkt hervorzugehen, im ideologischen Kampf sowohl gegen die imperialistischen Antikommunisten als auch gegen ihre revisionistischen Brüder zu bestehen. Nur eine solche Auswertung kann uns den Weg beleuchten hin zur proletarischen Revolution, zum Sturz und zur Vernichtung des west/deutschen Imperialismus und zur Errichtung der Diktatur des Proletariats!



Zur Entwicklung der SED von 1946 bis 1956

- Veranstaltungsbericht -

Auf einer zusammen mit Genossinnen und Genossen aus dem Umkreis von WBK, MLPÖ und GDS durchgeführten Veranstaltung zum Thema "Entwicklung der SED von 1946 bis 1956" wurde durch intensive Diskussion verschiedener thematischer Schwerpunkte die Analyse der Entwicklung der SED weiter vorangetrieben. Dieser Veranstaltung im größeren Kreis gingen ausführliche interne Diskussionen voraus, als deren Ergebnis eine 295-seitige Vorbereitungsmappe mit konzentrierten Thesen mit ausführlichem Dokumenten- und Zitatenanhang erarbeitet wurde.

Die Veranstaltung gliederte sich in die folgenden zwei Themenblöcke mit insgesamt neun Arbeitsgruppen zu Einzelthemen:

Themenblock I:

Die Entwicklung von 1945 bis 1949

1. Der "Aufruf des ZK der KPD vom Juni 1945"
2. Die Umsetzung des "Potsdamer Abkommens" in der SBZ bzw. DDR
3. Die Gründung der SED: Thesen zu den programmatischen Grundlagen des Vereinigungsparteitages von KPD und SPD (April 1946)
4. Die Linie des "besonderen deutschen Weges zum Sozialismus" und die Auswirkungen des Kampfes gegen den Titorevisionismus

5. Der Kampf gegen die Nazi-Ideologie

Themenblock II:

Die Entwicklung von 1949 bis zum 17. Juni 1953

6. Der Charakter der Staatsmacht in der SBZ/DDR
7. Thesen zu den Lebensbedingungen in der DDR
8. Der 17. Juni 1953
9. Tiefergehender Kampf gegen die deutsche Ideologie

Ein Einleitungsreferat sowie die beiden einführenden Referate zu den zwei Themenblöcken wurden bewußt kurz gehalten, um den Schwerpunkt der Veranstaltung auf die Diskussion und Erarbeitung schriftlicher Thesen in den Arbeitsgruppen zu den neun Einzelthemen zu legen, die dann im Plenum zur Debatte gestellt wurden.

Der im folgenden wiedergegebene Bericht vermittelt einen Eindruck von dem recht arbeitsintensiven Charakter der Veranstaltung. Der Bericht gibt auch den Stand unserer Analyse der kommunistischen Bewegung in Deutschland nach dem Sieg über den Nazifaschismus wieder, nennt Probleme, Fragen und Aufgaben für die weitere Arbeit.

Zum Einleitungsreferat

Die Veranstaltung wurde mit einem kurzen Einleitungsreferat begonnen, das einen Überblick über die Probleme des gesamten Zeitabschnitts gab. Die wesentlichen Punkte dieses Referats waren:

★ Eine überzeugende und richtig wichtige Kritik der Fehler der SED setzt die volle Klarheit über eine richtige Linie für die Lage nach 1945 bis 1953 voraus. Hier liegt unser Hauptmangel, und die weitere Analyse der Entwicklung der SED wird gerade unter diesem Aspekt geführt werden müssen.

★ 1945 war u.a. durch die Zerschlagung des Nazifaschismus, die militärische Besetzung Deutschlands und die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens eine komplizierte Lage entstanden. Eine bloße Fortführung der Linie der KPD von vor 1945 oder gar von vor 1933 war daher nicht möglich. Die Gefahr der Revision der Prinzipien der proletarischen Revolution war dadurch aber auch besonders groß. Die entscheidende Aufgabe war daher, im Kampf gegen diese beiden Abweichungen richtig die Prinzipien des Marxismus-Leninismus mit den Besonderheiten der Lage in Deutschland nach 1945 zu verbinden.

★ Bei diesen Besonderheiten sticht der Wesensunterschied der Besatzungstruppen - Rote Armee einerseits und Truppen der imperialistischen Alliierten andererseits - als Folge der Anti-Hitler-Koalition hervor. Über die Frage der Zerschlagung der Nazi-Armee hinaus weist die Zerschlagung des Staatsapparates der Nazis und die Durchführung des Potsdamer Abkommens wesentliche Unterschiede in Ost und West auf.

★ Diese gesamte Lage erforderte in der Tat einen "besonderen Weg", noch dazu, da in der SBZ die SED faktisch an der Staatsmacht beteiligt wurde. Die sich daraus ergebenden enormen Aufgaben werden deutlich, wenn man sich bewußt macht, daß die KPD vor Kriegsende keine einzige Massenaktion gegen das Nazi-Regime

durchgeführt hatte und daß das Niveau der breiten werktätigen Massen im Hinblick auf das Klassenbewußtsein extrem niedrig und der Einfluß der bürgerlich-imperialistisch-faschistischen Ideologie im breiten Rahmen extrem stark war.

★ Aus der Fülle der ideologischen Probleme in der SED ragt die Frage der Haltung zur Mitverantwortung des deutschen Volkes an den Verbrechen des Nazifaschismus und damit verbunden die Frage des Nationalismus in der Linie und Politik der SED heraus. Die Versuche der SED, an die breiten Massen heranzukommen, waren immer mehr verbunden mit faulen Zugeständnissen an die tief sitzende nationalistische Ideologie und an ein Verniedlichen oder gar Bestreiten der Mitverantwortung des deutschen Volkes am Nazi-System.

★ Die Kritik an diesen schwerwiegenden rechten Fehlern der KPD/SED zeigt, daß eine revisionistische Entwicklung das Zurückweichen vor der Reaktion ist - nicht nur vor dem direkten Terror der Imperialisten, sondern auch vor dem Druck der mit reaktionären Ideen behafteten Massen, die gewonnen werden sollen. Was ist hier eine richtige, prinzipienfeste Taktik im Gegensatz zu einer falschen, opportunistischen Taktik (was ist taktisch noch zulässig, was nicht)? - das ist hier eine Schlüsselfrage, mit der wir uns auseinandersetzen müssen.

★ Die korrekte Haltung zur Selbstkritik in der Zeitspanne vor 1956 steht bei unserer Analyse der SED auf dem Prüfstand: Harte, überzeugende Argumente, Verständnis für die komplexe Situation, Auseinandersetzung mit den "besten" Gegenargumenten, die für eine falsche Linie zu sprechen scheinen, unversöhnlich gegen den Revisionismus, aber keine Komplettverurteilung der damaligen KP und kommunistischen Weltbewegung - darauf wird es ankommen!

☆☆☆

Bericht über den Diskussionsverlauf

Im Anschluß an die Einführungsreferate zu den beiden Themenblöcken wurde von den jeweiligen Gruppenleitern und -leiterinnen knapp erläutert, unter welchen Fragestellungen und anhand welcher Dokumente die Arbeitsgruppen ihr jewei-

ges Thema bearbeiten wollten. Im folgenden soll versucht werden, sowohl die Ergebnisse der Arbeitsgruppen als auch die dazu stattgefundene Diskussion im Plenum darzustellen.

1. Der Aufruf des ZK der KPD vom Juni 1945

Diskussionsgrundlage war der "Aufruf" selbst. Die Gesamteinschätzung des Dokuments als "ein vom Ansatz her richtiges Dokument, jedoch behaftet mit eklatanten Fehlern und Mängeln", wurde als eine zu negative Charakteristik kritisiert. Der "Aufruf" als das wohl mit Abstand beste Dokument der Nachkriegs-KPD sollte insgesamt vielmehr als "ein richtiges und wichtiges Dokument, wenn auch mit schweren Fehlern" gekennzeichnet werden.

● Erster zentraler Diskussionspunkt war die Art des **Anknüpfens an den Bewußtseinsstand** und die Erfahrungen der Volksmassen:

Ist es legitim, wie im "Aufruf" am Anfang, zu sagen, daß "eine Katastrophe unvorstellbaren Ausmaßes über Deutschland hereingebrochen" sei? Diesen Bewußtseinsstand der meisten Deutschen in der damaligen Zeit aufzugreifen, ist grundsätzlich durchaus richtig. Nur hätte unbedingt klargestellt werden müssen, daß die Kommunisten nicht diese Haltung haben, daß sie die Niederlage des Hitlerfaschismus nicht als Katastrophe, sondern als Befreiung verstehen. Die Zerstörung in Deutschland war ja auch eine Folge der eigentlichen Katastrophe, daß "die Deutschen" nicht in der Lage waren, sich selbst zu befreien. Kritisiert wurde auch, Anleihen beim Nationalismus zu machen, so wie es z.B. im "Aufruf" heißt, daß "das nationale Dasein unseres Volkes aufs Spiel gesetzt" wurde.

● Zweiter Diskussionspunkt war die Behandlung der **"Mitverantwortung"** als Kern des "Aufrufs":

Die Charakterisierung, daß der "Aufruf" eine "katastrophale Haltung zur Mitverantwortung des deutschen Volkes" beinhalte, wurde in dieser allgemeinen Aussage zurückgewiesen. Am "Aufruf" zu kritisieren ist jedoch die pauschalisierende, den Widerstand unterschlagende Formulierung "So wurde **das** deutsche Volk zum Werkzeug Hitlers". Die Tatsache des zwar geringen, aber immerhin existierenden Widerstands ist doch sehr wichtig, denn dies macht gerade indirekt die Mitschuld der anderen sichtbar und noch größer, die sagten, man kann doch nichts machen.

Die Frage der "Mitschuld und Mitverantwortung des deutschen Volkes" wird insgesamt gut differenziert und abgestuft bis hin zur Verantwortung der KPD dargelegt. Die sozialdemokratischen Führer werden im Aufruf teilweise richtig charakterisiert, daß sie (fälschlich als "demokratische Führer" bezeichnet) mit ihrer "Antisowjethetze" und "Ablehnung der antifaschistischen Einheitsfront" "Hitler den Weg ebneten".

Positiv im "Aufruf" ist die Kennzeichnung der Verbrechen des Hitlerfaschismus als "beispiellostes System" der "fabrikmäßigen Menschenvernichtung". Unerklärlich ist allerdings, warum

Fortsetzung auf S.12

AUFRUF

der Kommunistischen Partei Deutschlands

Schaffendes Volk in Stadt und Land! Männer und Frauen! Deutsche Jugend!

Wohin wir blicken, Ruinen, Schutt und Asche. Unsere Städte sind zerstört, weite, ehemals fruchtbare Gebiete verwüstet und verlassen. Die Wirtschaft ist desorganisiert und völlig gelähmt. Millionen und Abermillionen Menschenopfer hat der Krieg verschlungen, den das Hitlerregime verschuldete. Millionen wurden in tiefste Not und größtes Elend gestoßen.

Eine Katastrophe unvorstellbaren Ausmaßes ist über Deutschland hereingebrochen und aus den Ruinen schaut das Gespenst der Obdachlosigkeit, der Seuchen, der Arbeitslosigkeit, des Hungers.

Und wer trägt daran die Schuld?

Die Schuld und Verantwortung tragen die gewissenlosen Abenteuer und Verbrecher, die die Schuld am Kriege tragen. Es sind die Hitler und Göring, Himmler und Goebbels, die aktiven Anhänger und Helfer der Nazipartei. Es sind die Träger des reaktionären Militarismus, die Keil, Jodel und Konsorten. Es sind die imperialistischen Auftraggeber der Nazipartei, die Herren der Großbanken und Konzerne, die Krupp und Röchling, Poensgen und Siemens.

Eindeutig ist diese Schuld. Sie wurde von den Naziführern selbst offen bekannt, als sie auf der Höhe ihrer trügerischen Triumphe standen, als ihnen Sieg und Beute gesichert erschienen.

Euch allen, ihr Männer und Frauen des schaffenden Volkes, Euch Soldaten und Offizieren klingen noch die Worte in den Ohren:

„Das ist für uns der Sinn des Krieges: Wir kämpfen nicht um Ideale; wir kämpfen um die ukrainischen Weizenfelder, um das kaukasische Erdöl, den Reichtum der Welt. Gesundstoßen wollen wir uns!“

Dafür wurde das nationale Dasein unseres Volkes aufs Spiel gesetzt. Der totale Krieg Hitlers, — das war der ungerechteste, wildeste und verbrecherischste Raubkrieg aller Zeiten.

Das Hitlerregime hat sich als Verderben für Deutschland erwiesen: denn durch seine Politik der Aggression und der Gewalt, des Raubes und des Krieges, der Völkervernichtung hat Hitler unser eigenes Volk ins Unglück gestürzt und es vor der gesamtgesellschaftlichen Menschheit mit schwerer Schuld und Verantwortung beladen.

Ein Verbrechen war die gewaltsame Annexion Österreichs, die Zerstückelung der Tschechoslowakei. Ein Verbrechen war die Eroberung und Unterdrückung Polens, Dänemarks, Norwegens, Belgiens, Hollands und Frankreichs, Jugoslawiens und Griechenlands. Ein Verbrechen, das sich so furchtbar an uns selbst rächte, war die Coventinierung und Ausradierung englischer Städte.

Das größte und verhängnisvollste Kriegsverbrechen Hitlers aber war der heimtückische, wortbrüchige Überfall auf die Sowjetunion, die nie einen Krieg mit Deutschland gewollt hat, aber seit 1917 dem deutschen Volke zahlreiche Beweise ehrlicher Freundschaft erbracht hat.

Deutsche Arbeiter! Könnte es ein größeres Verbrechen als diesen Krieg gegen die Sowjetunion geben?

Und ungeheuerlich sind die Greueltaten, die von den Hitlerbanditen in fremden Ländern begangen wurden. An den Händen der Hitlerdeutschen klebt das Blut von vielen, vielen Millionen gemordeter Kinder, Frauen und Greise. In den Todeslagern wurde die Menschenvernichtung Tag für Tag (fabrikmäßig) in Gaskammern und Verbrennungsöfen betrieben. Bei lebendigem Leibe verbrannt, bei lebendigem Leibe verscharrt, bei lebendigem Leibe in Stücke geteilt, so haben die Nazibanditen gehaust!

Millionen Kriegsgefangene und nach Deutschland verschleppte ausländische Arbeiter wurden zu Tode geschunden, starben an Hunger, Kälte und Seuchen.

Die Welt ist erschüttert und zugleich von tiefstem Haß gegenüber Deutschland erfüllt angesichts dieser beispiellosen Verbrechen, dieses grauenregenden Massenmordens, das von Hitlerdeutschland als System betrieben wurde.

Wäre gleiches mit gleichem vergolten worden, deutsches Volk, was wäre mit dir geschehen?

Aber auf der Seite der verbündeten Nationen, mit der Sowjetunion, England und den Vereinigten Staaten an der Spitze, stand die Sache der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Fortschritts. Die Rote Armee und die Armeen ihrer Verbündeten haben durch ihre Opfer die Sache der Menschheit vor der Hitlerbarbarei gerettet. Sie haben die Hitlerarmee zerschlagen, den Hitlerstaat zertrümmert und damit auch die schaffende deutsche Volk, Frieden und Befreiung aus den Ketten der Hitlerklaverei gebracht.

Um so mehr muß in jedem deutschen Menschen das Bewußtsein und die Scham brennen, daß das deutsche Volk einen bedeutenden Teil Mitschuld und Mitverantwortung für den Krieg und seine Folgen trägt.

Nicht nur Hitler ist schuld an den Verbrechen, die an der Menschheit begangen wurden. Ihr Teil Schuld tragen auch die zehn Millionen Deutsche, die 1932 bei freien Wahlen für Hitler stimmten, obwohl wir Kommunisten warnten: „Wer Hitler wählt, der wählt den Krieg!“

Ihr Teil Schuld tragen alle jene deutschen Männer und Frauen, die willenslos und widerstandslos zusahen, wie Hitler die Macht an sich riß, wie er alle

demokratischen Organisationen, vor allem die Arbeiterorganisationen zerschlug und die besten Deutschen einsperrte, marterte und köpfte ließ.

Schuld tragen alle jene Deutschen, die in der Aufrüstung die „Größe Deutschlands“ sahen und im wilden Militarismus, im Marschieren und Exerzieren das alleinseligmachende Heil der Nation erblickten.

Unser Unglück war, daß Millionen und Abermillionen Deutsche der Nazi-Propaganda verfielen, daß das Gift der tierischen Rassenlehre, des „Kampfes um Lebensraum“, den Organismus des Volkes verseuchen konnte.

Unser Unglück war, daß breite Bevölkerungsschichten das elementare Gefühl für Anstand und Gerechtigkeit verloren und Hitler folgten, als er ihnen einen gutgedeckten Mittags- und Abendbrotisch auf Kosten anderer Völker durch Krieg und Raub versprach.

So wurde das deutsche Volk zum Werkzeug Hitlers und seiner imperialistischen Auftraggeber.

Deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen! Deutsche Arbeiterjugend! Schaffen des deutschen Volk!

Gegen den Willen eines geeinten und kampfbereiten Volkes hätte Hitler niemals die Macht ergreifen, sie festigen und seinen verbrecherischen Krieg führen können. Wir deutschen Kommunisten erklären, daß auch wir uns schuldig fühlen, indem wir es trotz der Blutopter unserer besten Kämpfer infolge einer Reihe unserer Fehler nicht vermocht haben, die antifaschistische Einheit der Arbeiter, Bauern und Intelligenz entgegen allen Widersachern zu schmieden, im werktätigen Volk die Kräfte für den Sturz Hitlers zu sammeln, in den erfolgreichen Kampf zu führen und jene Lage zu vermeiden, in der das deutsche Volk geschichtlich versagte.

Nach all dem Leid und Unglück, der Schmach und Schande, nach der dunkelsten Ära deutscher Geschichte, heute, am Ende des „Dritten Reiches“

wird uns auch der sozialdemokratische Arbeiter recht geben, daß sich die faschistische Pest in Deutschland nur ausbreiten konnte, weil 1918 die Kriegsschuldigen und Kriegsverbrecher ungestraft blieben, weil nicht der Kampf um eine wirkliche Demokratie geführt wurde, weil die Weimarer Republik der Reaktion freies Spiel gewährte, weil die Antisowjethetze einiger demokratischer Führer Hitler den Weg ebnete und die Ablehnung der antifaschistischen Einheitsfront die Kraft des Volkes lähmte.

Daher fordern wir:

Keine Wiederholung der Fehler von 1918!

Schluß mit der Spaltung des schaffenden Volkes!

Keinerlei Nachsicht gegenüber dem Nazismus und der Reaktion.

Nie wieder Hetze und Feindschaft gegenüber der Sowjetunion:

denn wo diese Hetze auftaucht, da erhebt die imperialistische Reaktion ihr Haupt!

Die Kommunistische Partei Deutschlands war und ist die Partei des entschiedenen Kampfes gegen Militarismus, Imperialismus und imperialistischen Krieg. Sie ist nie von diesem Wege abgewichen. Sie hat die Fahne Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, Ernst Thälmanns und Jonny Schehrs stets rein gehalten. Mit Stolz blicken wir Kommunisten auf diesen Kampf zurück, in dem unsere besten und treuesten Genossen fielen. Rechtzeitig und eindringlich haben wir gewarnt, der imperialistische Weg, der Weg des Hitlerfaschismus führt Deutschland unvermeidlich in die Katastrophe.

Im Januar 1933 forderte die Kommunistische Partei zum einmütigen Generalstreik auf, um den Machtantritt Hitlers zu verhindern.

Im Juni 1933 haben wir gewarnt:

„Der Krieg steht vor der Tür! Hitler treibt Deutschland in die Katastrophe!“

Im Januar 1939 hat die Berner Konferenz der KPD dem deutschen Volk zugerufen:

„Im Osten wie im Westen schafft das Hitlerregime eine Lage, wo über Nacht das deutsche Volk in die Katastrophe des Krieges gestürzt werden kann, — eines Krieges gegen die gewaltige Front aller von Hitler und der Kriegssache bedrohten und angegriffenen Völker.“

Im Oktober 1941, als Hitler prahlerisch verkündete, Sowjetrußland sei endgültig zu Boden geworfen und werde sich niemals erheben, da erklärte das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands in seinem Aufruf an das deutsche Volk und an das deutsche Heer:

„Dieser Krieg ist ein für das deutsche Volk hoffnungsloser Krieg. Hitlers Niederlage ist unvermeidlich. Die einzige Rettung für das deutsche Volk besteht darin, mit dem Kriege Schluß zu machen. Um aber mit dem Kriege Schluß zu machen, muß Hitler gestürzt werden. Und wehe unserem Volk, wenn es sein Schicksal bis zuletzt an Hitler bindet!“

Jetzt gilt es, gründlich und für immer die Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen. Ein ganz neuer Weg muß beschritten werden!

Werde sich jeder Deutsche bewußt, daß der Weg, den unser Volk bisher ging, ein falscher Weg, ein Irrweg war, der in Schuld und Schande, Krieg und Verderben führt!

Nicht nur der Schutt der zerstörten Städte, auch der reaktionäre Schutt aus der Vergangenheit muß gründlich hinweggeräumt werden. Möge der Neubau

Distanz

besondere Qualität der Verbrechen

Deutschlands auf solider Grundlage erfolgen, damit eine dritte Wiederholung der imperialistischen Katastrophenpolitik unmöglich wird.

Mit der Vernichtung des Hitlerismus gilt es gleichzeitig, die Sache der Demokratisierung Deutschlands, die Sache der bürgerlich-demokratischen Umwandlung, die 1848 begonnen wurde, zu Ende zu führen, die feudalen Ueberreste völlig zu beseitigen und den reaktionären altpreussischen Militarismus mit allen seinen ökonomischen und politischen Ablegern zu vernichten.

Wir sind der Auffassung, daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland.

Wir sind vielmehr der Auffassung, daß die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage für Deutschland einen anderen Weg vorschreiben, und zwar den Weg der Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk.

An der gegenwärtigen historischen Wende rufen wir Kommunisten alle Werktätigen, alle demokratischen und fortschrittlichen Kräfte des Volkes zu diesem großen Kampf für die demokratische Erneuerung Deutschlands, für die Wiedergeburt unseres Landes auf!

Die unmittelbaren und dringenden Aufgaben auf diesem Wege sind gegenwärtig vor allem:

1. Vollständige Liquidierung der Ueberreste des Hitlerregimes und der Hitlerpartei. Mithilfe aller ehrlichen Deutschen bei der Auspürung der versteckten Naziführer, Gestapoagenten und SS-Banden.

Restlose Säuberung aller öffentlichen Ämter von den aktiven Nazis. Außer der Bestrafung der großen Kriegsverbrecher, die vor den Gerichten der Vereinten Nationen stehen werden, strengste Bestrafung durch deutsche Gerichte aller jener Nazis, die sich krimineller Verbrechen und der Teilnahme an Hitlers Volksverrat schuldig gemacht haben. Schnellste und härteste Maßnahmen gegen alle Versuche, die verbrecherische nazistische Tätigkeit illegal fortzusetzen, gegen alle Versuche, die Herstellung der Ruhe und Ordnung und eines normalen Lebens der Bevölkerung zu stören.

2. Kampf gegen Hunger, Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit. Allseitige aktive Unterstützung der Selbstverwaltungsorgane in ihrem Bestreben, rasch ein normales Leben zu sichern und die Erzeugung wieder in Gang zu bringen. Völlig ungehinderte Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerr Initiative auf der Grundlage des Privateigentums. Wirkungsvolle Maßnahmen zum Wiederaufbau der zerstörten Schulen, Wohn- und Arbeitsstätten. Strenge Sparsamkeit in der Verwaltung und bei allen öffentlichen Auslagen. Umbau des Steuerwesens nach dem Grundsatz der progressiven Steigerung,

Sicherung der restlosen Ernteeinbringung auf dem Wege breiter Arbeitshilfe für die Bauern. Gerechte Verteilung der Lebensmittel und der wichtigsten Verbrauchsgüter; energischer Kampf gegen die Spekulation.

3. Herstellung der demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes. Wiederherstellung der Legalität freier Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie der antifaschistischen demokratischen Parteien. Umbau des Gerichtswesens gemäß den neuen demokratischen Lebensformen des Volkes. Gleichheit aller Bürger ohne Unterschied der Rasse vor dem Gesetz und strengste Bestrafung aller Äußerungen des Rassenhasses. Säuberung des gesamten Erziehungs- und Bildungswesens von dem faschistischen und reaktionären Unrat. Pflege eines wahrhaft demokratischen, fortschrittlichen und freizeitheligen Geistes in allen Schulen und Lehranstalten. Systematische Aufklärung über den barbarischen Charakter der Nazi-Rassentheorie, über die Verlogenheit der „Lehre vom Lebensraum“, über die katastrophalen Folgen der Hitlerpolitik für das deutsche Volk. Freiheit der wissenschaftlichen Forschung und künstlerischen Gestaltung.

4. Wiederaufrichtung der auf demokratischer Grundlage beruhenden Selbstverwaltungsorgane in den Gemeinden, Kreisen und Bezirken sowie der Provinzial- beziehungsweise Landesverwaltungen und der entsprechenden Landtage.

5. Schutz der Werktätigen gegen Unternehmerwillkür und unbotmäßige Ausbeutung. Freie demokratische Wahlen der Betriebsvertretungen der Arbeiter,

Angestellten und Beamten in allen Betrieben, Büros und bei allen Behörden. Tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Öffentliche Hilfsmaßnahmen für die Opfer des faschistischen Terrors, für Waisenkinder, Invaliden und Kranke. Besonderer Schutz den Müttern.

6. Enteignung des gesamten Vermögens der Nazibonzen und Kriegsverbrecher, Uebergabe dieses Vermögens in die Hände des Volkes zur Verfügbung der kommunalen oder provinziellen Selbstverwaltungsorgane.

7. Liquidierung des Großgrundbesitzes, der großen Güter der Junker, Grafen und Fürsten und Uebergabe ihres ganzen Grund und Bodens sowie des lebenden und toten Inventars an die Provinzial- bzw. Landesverwaltungen zur Zuteilung an die durch den Krieg ruinierten und besitzlos gewordenen Bauern. Es ist selbstverständlich, daß diese Maßnahmen in keiner Weise den Grundbesitz und die Wirtschaft der Großbauern berühren werden.

8. Uebergabe aller jener Betriebe, die lebenswichtigen öffentlichen Bedürfnissen dienen (Verkehrsbetriebe, Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke usw.) sowie jener Betriebe, die von ihren Besitzern verlassen wurden, in die Hände der Selbstverwaltungsorgane der Gemeinden oder Provinzen bzw. Länder.

9. Friedliches und gütlichbarliches Zusammenleben mit den anderen Völkern. Entschiedener Bruch mit der Politik der Aggression und der Gewalt gegenüber anderen Völkern, der Politik der Eroberung und des Raubes.

10. Anerkennung der Pflicht zur Wiedergutmachung für die durch die Hitleraggression den anderen Völkern zugefügten Schäden. Gerechte Verteilung der sich daraus ergebenden Lasten auf die verschiedenen Schichten der Bevölkerung nach dem Grundsatz, daß die Reichen auch eine größere Last tragen.

Werktätige in Stadt und Land!

Das sind die ersten und dringenden Aufgaben zum Wiederaufbau Deutschlands, zur Neugeburt unseres Volkes. Diese Aufgaben können nur durch die feste Einheit aller antifaschistischen, demokratischen und fortschrittlichen Volkskräfte verwirklicht werden.

Erfüllt von der Erkenntnis des Ausmaßes der Katastrophe und den verhängnisvollen Folgen der bisherigen Spaltung des Volkes gegenüber Nazismus und Reaktion bricht sich in Stadt und Land immer stärker der Drang zur Einheit Bahn. In Übereinstimmung mit diesem Willen des Volkes darf den Spaltern und den Saboteuren der Einheit kein Zoll Raum für ihr verräterisches Werk gegeben werden. Notwendig ist

die Schaffung einer festen Einheit der Demokratie für die endgültige Liquidierung des Nazismus und zum Aufbau eines neuen demokratischen Deutschlands!

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands ist der Auffassung, daß das vorstehende Aktionsprogramm als Grundlage zur Schaffung eines

Blockes der antifaschistischen demokratischen Parteien (der Kommunistischen Partei, der Sozialdemokratischen Partei, der Zentrumspartei und anderer) dienen kann.

Wir sind der Auffassung, daß ein solcher Block die feste Grundlage im Kampf für die völlige Liquidierung der Ueberreste des Hitlerregimes und für die Aufrichtung eines demokratischen Regimes bilden kann.

Ein neues Blatt in der Geschichte des deutschen Volkes wird aufgeschlagen. Aus den Lehren des Niederbruchs Deutschlands bahnen sich im Volke neue Erkenntnisse den Weg.

Wir erklären:

Feste Einheit, entschlossener Kampf und beharrliche Arbeit bilden die Garantien des Erfolges unserer gerechten Sache!

Fester den Tritt gefaßt! Höher das Haupt erhoben! Mit aller Kraft ans Werk! Dann wird aus Not und Tod, Ruinen und Schmach, die Freiheit des Volkes und ein neues würdiges Leben erstehen.

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands

Im Auftrage:

Wilhelm Pieck
Walter Ulbricht
Franz Dählem
Anton Ackermann

Gustav Sobottka
Ottomar Geschke
Johannes R. Becher
Edwin Hörnie

Hans Jendretzky
Michel Niederkirchner
Hermann Matern
Irene Gärtner

Bernhard Koenen
Martha Arendsee
Otto Winzer
Hans Mahle

Berlin, den 11. Juni 1943

nicht wenigstens an dieser Stelle die Massenvernichtung der Juden erwähnt wird. Entweder spiegelt sich darin der unzulängliche Kampf der KPD gegen den Antisemitismus wider oder dies war ein Zugeständnis an den Antisemitismus der Massen - was katastrophal wäre. Unpassend und vom Herangehen unbrauchbar ist auch die Methode des wertenden Vergleichs der Verbrechen Nazi-Deutschlands an den verschiedenen Völkern, wenn etwa gerade im Zusammenhang mit dem Völkermord an der jüdischen Bevölkerung in Europa der Überfall auf die Sowjetunion als das "größte Kriegsverbrechen" bezeichnet wird.

Angeschnitten wurde auch die Frage der Anerkennung der Oder - Neiße-Grenze. Mag man sich darüber noch streiten, ob das Fehlen einer eindeutigen Aussage im "Aufruf" kritisiert werden kann. Jedoch ein Zufall scheint das nicht gewesen zu sein. Schon sehr früh geriet die SED - und das ganz berechtigt - in die Schußlinie der Kritik durch Vertreter der KP Polens und der KPdSU, weil zeitweise erschreckende Positionen von führenden Vertretern der SED diesbezüglich eingenommen wurden.

● Dritter zentraler Diskussionspunkt war das ***Verhältnis zwischen Demokratie und Sozialismus***:

2. Das Potsdamer Abkommen

Diskussionsgrundlage waren wesentliche Auszüge aus dem "Potsdamer Abkommen". Das Potsdamer Abkommen barg ganz offensichtlich enormen Sprengstoff in sich, da es sich doch - auf der Grundlage der schon in der Anti-Hitler-Koalition vorhandenen Gegensätze - um einen Kompromiß zwischen Sozialismus und Imperialismus handelte, was sich auch bei der Umsetzung der Beschlüsse zeigen mußte. Direkte Kritik am Potsdamer Abkommen gab es dennoch nicht. Keiner

Aus der im Mittelpunkt stehenden "Mitverantwortung" ergab sich notwendig zunächst deren Aufarbeitung mit den Mitteln der Demokratie, was in den "10 demokratischen Aufgaben" im "Aufruf" der KPD richtig zum Ausdruck kommt. Der Kampf für den Sozialismus stand erst einmal nicht auf der Tagesordnung. Allerdings kommt es ganz schief heraus, wenn es heißt, "daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre". Damit wurde der demagogischen Unterstellung Munition geliefert, die sowjetische Militärverwaltung hätte dies beabsichtigt. Es hätte - wenn überhaupt - betont werden können, daß Revolutionen nicht exportiert werden können und daß es der Idee des Sozialismus widerspricht, der Arbeiterklasse und den anderen Werktätigen den Sozialismus aufzuzwingen.

Um nicht unglaublich zu werden, wäre eine Begründung erforderlich gewesen, warum nun ausgerechnet die Kommunisten für die bürgerliche Demokratie eintreten. Zugleich hätte das weitergehende Ziel der Diktatur des Proletariats, die Perspektive des Sozialismus und Kommunismus als Thema angepackt werden müssen und nicht einfach ausgeklammert werden dürfen. Wenigstens ein Hinweis auf die weitere Gültigkeit des KPD-Programms von 1918/19 in prinzipieller Hinsicht wäre notwendig und möglich gewesen. Der "Aufruf" stellt sich allerdings immerhin ausdrücklich in die Tradition Liebknechts, Luxemburgs und Thälmanns.

der Punkte ist so, daß die Sowjetunion diese allein nicht auch so hätte formulieren können.

● Erster Diskussionspunkt war, welche ***Widersprüche*** beim Abschluß des Potsdamer Abkommens ***zwischen der Sowjetunion und den alliierten Siegermächten*** bereits vorhanden waren:

Es ist noch viel zu wenig klar, welche einzelnen Punkte bei den Vorverhandlungen zur Diskussion standen bzw. umstritten waren, inwieweit sich die

Sowjetunion durchsetzen konnte, inwieweit nicht. Welche Gegensätze und welchen konkreten Kampf es nach 1945 zwischen den Alliierten gab, könnte wohl am besten anhand der Dokumente des alliierten Kontrollrats überprüft werden, der die Kontrolle bei Verletzung des Potsdamer Abkommens ausüben sollte.

Sehr problematisch ist allerdings, daß Reparationen nur gegenüber Staaten vorgesehen sind, nicht aber gegenüber jenen Gruppen, die noch keinen Staat hatten (rassistisch Verfolgte, jüdische Bevölkerung, Sinti und Roma). Unklar ist auch, wieweit Entschädigungen, z.B. für Zwangsarbeiter auch von Konzernen verlangt wurden, wieweit sie sich auch auf einzelne Opfer bezogen und wie in der SBZ/DDR damit umgegangen wurde.

● Zweiter Diskussionspunkt war die Polemik gegen die *“Ausplünderung des Westens Deutschlands durch die USA”* (siehe Sowjet-Enzyklopädie *“Deutschland”*):

Mit dieser Propaganda wurde ein Bumerang in vielerlei Hinsicht geschaffen: Die Reparationen konnten überhaupt als *“übertrieben”* abgetan werden, die Sowjetunion der *“doppelten Moral”* angeklagt werden, da in Ostdeutschland auch demontiert wurde. Das Argument, daß der Lebensstandard in Ostdeutschland angeblich wegen der Reparationen an die Sowjetunion niedriger sei, war dann auch hinfällig, wenn die USA angeblich mehr ausgebeutet habe. Das Knäuel von Reparationszahlungen, Londoner Schuldenabkommen, Nicht-Leistung an Albanien usw. muß insgesamt noch geklärt werden.

● Dritter Diskussionspunkt: Hat die KPD/SED die *positiven Möglichkeiten des Potsdamer Abkommens genutzt* und für den Kampf zu seiner Umsetzung auch die Massen zu mobilisieren versucht?

Ist die KPD/SED über das Potsdamer Abkommen hinausgegangen? War es überhaupt möglich, die Massen für die Durchsetzung des Potsdamer Abkommens zu mobilisieren angesichts des Bewußtseinsstands nach 12 Jahren Nazifaschismus?

Aus dem Potsdamer Abkommen (2.8.1945):

Unverzichtbare Voraussetzungen für den Aufbau eines antifaschistischen Staates

Zur Mitverantwortung des deutschen Volkes

Alliierte Armeen führen die Besetzung von ganz Deutschland durch, und das deutsche Volk fängt an, die furchtbaren Verbrechen zu büßen, die unter der Leitung derer, welche es zur Zeit ihrer Erfolge offen gebilligt hat und denen es blind gehorcht hat, begangen wurden.

(...)

Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wiederaufzubauen.

(...)

Zur Entmilitarisierung und Vernichtung der Kriegsproduktion

(I). Völlige **Abrüstung** und **Entmilitarisierung** Deutschlands und die Ausschaltung der gesamten deutschen Industrie, welche für eine Kriegsproduktion benutzt werden kann, oder deren Überwachung.

(...)

Zur Vernichtung der Nazi-Partei und Verhinderung ihrer Tätigkeit und Propaganda

(III) Die **Nationalsozialistische Partei** mit ihren angeschlossenen Gliederungen und Unterorganisationen ist zu **vernichten**; alle nationalsozialistischen Ämter sind

Fortsetzung auf S.14

Fortsetzung von S.13

aufzulösen; es sind Sicherheiten dafür zu schaffen, daß sie in keiner Form wiederaufstehen können; jeder nazistischen und militaristischen Betätigung und Propaganda ist vorzubeugen.

(...)

Zur Bestrafung der Kriegsverbrecher und Internierung aller Personen, die das Potsdamer Abkommen bekämpfen

5. **Kriegsverbrecher** und alle diejenigen, die an der Planung oder Verwirklichung nazistischer Maßnahmen, die Greuel oder Kriegsverbrechen nach sich zogen oder als Ergebnis hatten, teilgenommen haben, sind zu verhaften und **dem Gericht zu übergeben**. Nazistische Parteiführer, einflußreiche Nazianhänger und die Leiter der nazistischen Ämter und Organisationen und alle anderen Personen, die für die Besetzung und ihre Ziele gefährlich sind, sind zu verhaften und zu internieren.

(...)

Zur Säuberung der aktiven Nazis aus staatlichen und wirtschaftlichen Positionen

6. Alle **Mitglieder der nazistischen Partei**, welche **mehr als nominell** an ihrer Tätigkeit teilgenommen haben, und alle anderen Personen, die den alliierten Zielen feindlich gegenüberstehen, **sind aus den**

öffentlichen oder halböffentlichen Ämtern und von den verantwortlichen Posten in wichtigen Privatunternehmungen **zu entfernen**. Diese Personen müssen durch Personen ersetzt werden, welche nach ihren politischen und moralischen Eigenschaften fähig erscheinen, an der Entwicklung wahrhaft demokratischer Einrichtungen in Deutschland mitzuwirken.

(...)

Zur Frage der Reparationen aus Deutschland heißt es, daß

... Deutschland gezwungen werden soll, in größtmöglichem Ausmaß für die Verluste und die Leiden, die es den Vereinten Nationen verursacht hat, und wofür das deutsche Volk der Verantwortung nicht entgehen kann, Ausgleich zu schaffen. (...)

Zur Ausweisung und Übersiedlung von Deutschen aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn

Die Konferenz erzielte folgende Vereinbarung über die Ausweisung Deutscher aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn:

Die drei Regierungen haben die Frage unter allen Gesichtspunkten beraten und erkennen an, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß.

(Quellen: "Potsdamer Abkommen und andere Dokumente", Berlin 1951; "Die Potsdamer Konferenz", Köln 1986)

Bei der Aufschlüsselung der Umsetzung des Potsdamer Abkommens muß auch der Punkt "Um-erziehung" erwähnt werden. Was die SBZ/DDR auf dem Gebiet der Kultur, Literatur, aber auch im

Schulwesen geleistet oder nicht geleistet hat, ist gerade ein entscheidender Streitpunkt, der auch aufs Potsdamer Abkommen zurückgeht.

3. Die Gründung der SED

Diskussionsgrundlage zu diesem Thema war das programmatische Grunddokument der Vereinigung von KPD und SED, das den Anspruch hatte, auf dem Boden des "konsequenten Marxis-

mus" zu stehen und über die demokratischen Aufgaben hinaus eine sozialistische Perspektive zu weisen: "Grundsätze und Ziele der SED" von April 1946.

Zur Debatte stand die Frage, ob es nicht von vornherein *prinzipienlos* war, eine *Vereinigung mit der SPD zu einer großen Massenpartei in solcher Eile zu vollziehen*, wobei dies angesichts der konterrevolutionären Vergangenheit der SPD ohne größere Kompromisse nicht möglich war. Die Alternative für die KPD wäre mit ziemlicher Sicherheit die Existenz als Oppositionspartei gewesen (wodurch die Verwirklichung des Potsdamer Abkommens fraglich gewesen wäre), die sich zum Ziel hätte setzen können, sich später mit Teilen der SPD zu vereinigen bzw. die konterrevolutionäre Sozialdemokratie zu zerschlagen.

● Nach Prüfung der *programmatischen Grundlagen* war sich die Arbeitsgruppe einig, daß es *Prinzipienschacher* war, sich auf diesen "Grundsätzen", die mit "konsequentem Marxismus" nichts zu tun haben, mit der SPD zu vereinigen. In der Frage der Mitverantwortung des deutschen Volkes an den Verbrechen Nazi-Deutschlands und durch starke nationalistische Züge (z.B. wurde die SED als "beste nationale Kraft" propagiert) fiel das Dokument hinter den "Aufruf des ZK der KPD" vom Juni 1945 zurück.

In der Frage der sozialistischen bzw. kommunistischen Perspektive war es ein für Sozialdemokraten annehmbares Programm, das bewußt die Diktatur des Proletariats und den Kommunismus unterschlug und einen "demokratischen Weg zum Sozialismus" im direkten Gegensatz zum Weg mit revolutionären, gewaltsamen Mitteln propagierte:

"Die gegenwärtige besondere Lage in Deutschland, die mit der Zerschlagung des reaktionären staatlichen Gewaltapparates und dem Aufbau eines demokratischen Staates auf neuer wirtschaftlicher Grundlage entstanden ist, schließt die Möglichkeit ein, die reaktionären Kräfte daran zu hindern, mit den Mitteln der Gewalt und des Bürgerkrieges der endgültigen Befreiung der Arbeiterklasse in den Weg zu treten. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands erstrebt den demokratischen Weg zum Sozialismus; sie wird aber zu revolutionären Mitteln greifen, wenn die kapitalistische Klasse den Boden der Demokratie verläßt."

("Dokumente der SED", Band 1, 1948)

● Einigkeit bestand darin, daß das Aufgeben kommunistischer Positionen und die *Vertuschung*

bestehender Widersprüche bei der Vereinigung oberflächlich war. Richtig wäre gewesen, keine faulen Zugeständnisse an die SPD zu machen, vielmehr alle verbliebenen Widersprüche ehrlich zu benennen und einen Weg aufzuzeigen, wie diese Widersprüche in der Zukunft angegangen werden sollten, statt alles unter dem Ruf nach "Einheit" zu verkleistern. Eine derartige Tendenz, pauschal "Einheit" als etwas gutes zum moralischen Prinzip zu erheben, "Spaltung" aber an und für sich als etwas schlechtes hinzustellen, ist schon im "Aufruf" von Juni 1945 zu erkennen.

● Es wurde darauf hingewiesen, daß *die von Dimitroff auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale 1935 aufgezeigte Perspektive*, die Einheit von Kommunisten und Sozialdemokraten in einer Partei unter bestimm-

Pieck, der Parteivorsitzende der KPD, stellt schon 1946 "das Vaterland über alles"!

Schon vor der Gründung der SED verbreitete der Parteivorsitzende der KPD Wilhelm Pieck schlimmen deutschen Chauvinismus. Er legte dar:

"Sie (die Kommunistische Partei, A.d.V.) verfolgt keinerlei den Interessen unseres Volkes entgegenstehende Sonderinteressen; sie verkörpert die großen Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung und stellt das Vaterland über alles."

(Wilhelm Pieck, "Um die Erneuerung der deutschen Kultur", Februar 1946, aus: W. Pieck, Reden und Aufsätze, Berlin 1950, Band 2, S.34)

Pieck propagiert hier nur eine andere Variante der Parole "Deutschland über alles". Das ist ein Beispiel, wie früh schon Nationalismus von führenden Kadern der KPD, die dann später auch Mitglied im Politbüro der SED waren, propagiert wurde. Eine selbstkritische Stellungnahme von Pieck zu dieser Stelle ist uns nicht bekannt.

Aus: *“Grundsätze und Ziele der SED”* vom April 1946

Zentrale Aufgaben des demokratischen Kampfes nach der Befreiung vom Nazifaschismus werden richtig benannt:

1. Bestrafung aller **Kriegsschuldigen und Kriegsverbrecher**. Beseitigung der Überreste des Hitlerregimes in Gesetzgebung und Verwaltung. Völlige Säuberung des gesamten öffentlichen Lebens, aller Ämter und Wirtschaftsleitungen von Faschisten und Reaktionären.

2. Beseitigung der **kapitalistischen Monopole**, Übergabe der Unternehmungen der Kriegsschuldigen, Faschisten und Kriegsinteressenten in die Hände der Selbstverwaltungsorgane.

3. Vernichtung des **reaktionären Militarismus**, Entmachtung der Großgrundbesitzer und Durchführung der demokratischen Bodenreform.

(...)

13. Anerkennung der Pflicht zur **Wiedergutmachung** der durch das Hitlerregime den anderen Völkern zugefügten Schäden.

(...)

14. Schärfster **Kampf gegen Rassenhetze** und jedwede Hetze gegen andere Völker. Friedliches und gutnachbarliches Zusammenleben mit anderen Nationen.

(aus: "Dokumente der SED", Band 1, 1948)

ten Bedingungen anzustreben, als Richtlinie für die kommunistische Weltbewegung galt.

Die Vereinigung von Kommunisten und Sozialdemokraten in einer Partei wurde nur unter folgenden Bedingungen für richtig gehalten: wenn diese Partei völlig unabhängig von der Bourgeoisie ist, wenn sie die Notwendigkeit des revolutionären Sturzes der Bourgeoisie und die Aufrichtung der Diktatur des Proletariats in Form der Sowjets anerkennt, wenn sie die Unterstützung der eigenen Bourgeoisie im imperialistischen Kriege ablehnt und auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus aufgebaut ist. Zur Schaffung dieser prinzipiellen ideologischen Voraussetzungen für die Vereinigung wurde jedoch eine längere vorausgehende **Phase der Aktionseinheit** für notwendig und zentral erachtet. Von einer solchen Aktionseinheit über einen längeren Zeitraum hinweg ging die KPD bis zum Herbst 1945 selber noch aus. Die Phase der Aktionseinheit mit So-

zialdemokraten wurde stets von den Kommunisten als eine Phase des intensiven ideologischen Kampfes verstanden, dem durch die gemeinsamen praktischen Erfahrungen Wirkung verliehen werden sollte.

● Als Alternative stellte sich insofern die **enge Zusammenarbeit lediglich im Rahmen eines demokratischen Aktionseinheitsprogramms bei weiterer Existenz von zwei Parteien**, die sich auf eine Vereinigung auf prinzipieller Grundlage durch ideologische Auseinandersetzung vorbereiten. Bei allen Diskussionen über mögliche Alternativen darf jedoch nicht außer Acht gelassen werden, daß die KPD durch die Spaltungspolitik der Alliierten und die Politik der SPD gerade auch im Westen in Zugzwang geriet. Die Wahlen in Ungarn, Österreich und Berlin zeigten, daß die Zeit gegen die KPD arbeitete - daher wurde die Vereinigung, um ihre Durchführung nicht völlig in Frage zu stellen, in größter Hast durchgeführt.

Die Eile wäre berechtigt gewesen, wenn die Vereinigung vor allem als Hebel verstanden worden wäre, kühn an die Massen der antifaschistischen Arbeiterinnen und Arbeiter und vor allem an die Jugend heranzukommen, wenn nicht mit den Sozialdemokraten eine friedliche Koexistenz

im ideologischen Bereich eingegangen und alle strittigen Punkte ausgeklammert worden wären. Offen blieb allerdings die Frage, ob sich die SPD überhaupt auf eine Vereinigung unter der Bedingung echter Diskussion der Widersprüche eingelassen hätte.

4. Der "besondere deutsche Weg" zum Sozialismus

Diskussionsgrundlage in der Arbeitsgruppe war der Artikel des ZK-Mitglieds der SED Ackermann in der "Einheit" Nr. 1 von 1946.

● Unter den für die Kommunisten ungeheuer schwierigen Bedingungen in Deutschland nach 1945 war es mehr als berechtigt, die Ausgangsfrage zu stellen, ob es einen "besonderen deutschen Weg zum Sozialismus" gebe. Daß das Nazi-Regime nicht durch das eigene Volk gestürzt, sondern der faschistische Staatsapparat durch die Waffengewalt der Alliierten, vor allem durch die Rote Armee zerschlagen worden war, mußte als wesentliche Besonderheit von vornherein berücksichtigt werden. Dies durfte jedoch nicht dazu benutzt werden, die allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten der proletarischen Revolution zu revidieren, vielmehr kam es auf die **revolutionäre Verbindung der Prinzipien mit der deutschen Geschichte und den aktuellen Besonderheiten** in Deutschland an.

● Infolge der Zerschlagung des Nazi-Staatsapparats durch die Rote Armee war die Bourgeoisie in der SBZ enorm geschwächt, und es gab objektiv große Möglichkeiten, ohne Bürgerkrieg zum Sozialismus zu kommen. Ackermanns Revisionismus besteht darin, daß er die **notwendige systematische Gewaltanwendung** gegen die Bourgeoisie im allseitigen revolutionären Klassenkampf, sowohl in der antifaschistisch-demokratischen Ordnung auf dem Weg zur sozialistischen Revolution, als auch unter der Diktatur des Proletariats **leugnet**. Der "besondere deutsche Weg", den Ackermann **der Allgemeingültigkeit der Oktoberrevolution entgegensetzt**, ist somit der revisionistische "friedliche Weg", auf dem mit rein gesetzlichen Mitteln, ohne Gewalt, die Macht der Arbeiterklasse errichtet werden soll.

● Die eigentliche Katastrophe beginnt da, wo die besonderen Bedingungen im Nachkriegsdeutschland als besonders gut, gar als **"Verdienst der Deutschen"** dargelegt werden - statt als Ergebnis der ungeheuren Opfer der Roten Armee -, da sie in der Lage seien, den "blutigen Weg der Russen" in der Oktoberrevolution zu vermeiden. Ganz im Gegenteil handelte es sich gerade um eine Schwäche, da die deutsche Arbeiterklasse von ihrem Bewußtsein her eben noch nicht revolutioniert war. Für die Kommunisten resultierten aus diesen Besonderheiten ungeheuer schwierige Aufgaben, die im ideologischen Kampf genau herausgearbeitet und erläutert werden mußten, um nicht in Widerspruch zu den Prinzipien der sozialistischen Revolution zu geraten.

● In der Diskussion wurde sogar die Frage aufgeworfen, ob dieser "besondere Weg in Deutschland" denn überhaupt gangbar gewesen sei. Wie sollten denn die Volksmassen überhaupt jemals eine **Revolutionierung ihres Bewußtseins** erfahren, da die Staatsmacht in Deutschland durch die Alliierten zerschlagen worden war und eine Revolutionierung im bewaffneten Kampf insofern nicht mehr möglich war. Dies wurde jedoch zurückgewiesen, da es ja darum gehe, unter den gegebenen Umständen das Bewußtsein zu revolutionieren.

● Die Diskussion über den "besonderen deutschen Weg" muß überhaupt im Zusammenhang mit den Diskussionen in den anderen KPs in Osteuropa über das **Herankommen an die sozialistische Revolution, etwa auf dem Weg der Volksdemokratie** gesehen und noch genauer beleuchtet werden.

5. Der Kampf gegen die Nazi-Ideologie

Die Arbeitsgruppe stellte als Kernpunkte der Nazi-Ideologie den Rassismus, die "sozialistische" Demagogie der Nazis und das Führerprinzip heraus. Anhand eines Textauszuges vom Mitglied des ZK der SED Paul Merker, "Die ideologische Grundlage der nazistischen Politik und die Rolle der SS", konzentrierte sie sich dann vor allem auf die Frage, wie die Nazi-Ideologie richtig zu bekämpfen sei.

● In der längeren Diskussion im Plenum zu diesem Thema stellte sich bald heraus, daß wir uns bisher insgesamt viel zu wenig mit der Nazi-Ideologie beschäftigt haben. Dabei ist es auch eine wichtige Aufgabe, die *Besonderheiten des deut-*

schen Nazifaschismus aufzuzeigen, die diesen vom Faschismus anderer Länder auch qualitativ unterscheidet.

● Bei der Verwendung des *Rassenbegriffes*, der aus der Biologie bzw. Natur übernommen wird, um an tiefsitzenden Vorurteilen anzuknüpfen und die wahren gesellschaftlichen Entwicklungsgesetze zu verschleiern, gab es in der Arbeitsgruppe unterschiedliche Auffassungen. Wenn man äußere Merkmale wie etwa die Hautfarbe als Rassenmerkmal zur Unterscheidung von Menschen akzeptiert, dann besteht auch die Gefahr, zum Beispiel Charaktereigenschaften daran zu knüpfen.

Das ZK der SED:

Wiedergutmachung von Naziverbrechen an jüdischer Bevölkerung = "Verschiebung von deutschem Volksvermögen"

Paul Merker, Mitglied des Politbüros, wurde in den 50er Jahren aus der SED ausgeschlossen und verhaftet. Es soll hier nicht darum gehen, was Paul Merker wirklich oder angeblich getan hat, ob er in konterrevolutionäre Aktionen verwickelt war oder nicht. Es soll aufgezeigt werden, welchen Schmutz das ZK der SED in seiner Erklärung "Lehren aus dem Prozeß gegen das Verschwörerzentrum Slansky" vom 20.12.1952 ausleert, der durch nichts zu rechtfertigen ist.

Hier nur ein Beispiel, daß die SED selbst vor übelstem Antisemitismus nicht zurückschreckt:

"Die Verschiebung von deutschem Volksvermögen fordert er (P.Merker, A.d.V.) mit den Worten: 'Die Entschädigung des den

jüdischen Staatsbürgern zugefügten Schadens erfolgt sowohl an die Rückkehrer wie an diejenigen, die im Ausland bleiben wollen."

(Dokumente der SED, Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats, Band 4, Berlin 1954, S. 206)

Beim ZK der SED wird die Wiedergutmachung der Naziverbrechen an der jüdischen Bevölkerung zur "Verschiebung von deutschem Volksvermögen". Die Position des Aufrufs des ZK der KPD vom 11.6.45 über die Pflicht zur Wiedergutmachung der Naziverbrechen wird hier eindeutig aufgegeben und durch den Versuch ersetzt, an reaktionärste, ja antisemitische Gefühle der Massen zu appellieren.



● Beim Kampf gegen den Nazifaschismus muß man sich auf die schwierige und schmutzige Arbeit des direkten Kampfes gegen Nazi-Ideologen einlassen, ohne sich dabei in die Defensive drängen zu lassen. Die perfide Kombination mit brutalsten Unterdrückungsmethoden hat den Kampf gegen die faschistische Ideologie ungeheuer erschwert und erschwert diesen auch heute noch. Entlarvungen auf der Ebene, bei den Nazis war "alles Lüge", sind keinesfalls ausreichend. **Der Kampf muß tiefergehend gegen die deutsche Ideologie geführt werden**, denn aus dieser Kraftquelle erwächst gerade die besondere Gefährlichkeit des deutschen Nazifaschismus.

● Um den Kampf der KPD/SED gegen die Nazi-Ideologie einschätzen zu können, sind noch genauere Untersuchungen notwendig, auch darüber, wie dieser **ideologische Kampf in der alltäglichen Praxis**, z.B. in den Schulen, geführt wurde. Zwar gab es durchaus positive Ansätze, die noch verfolgt werden müssen, aber der Kampf gegen Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus wurde auf jeden Fall vernachlässigt. Es finden sich sogar selbst antisemitische Ausfälle (in der

Resolution des ZK der SED vom 20.12.52 gegen Paul Merker).

● Ein Diskussionspunkt war die **Notwendigkeit des offensiven Vorgehens** gegen die faschistische Ideologie. Schon in der Weimarer Zeit haben die Kommunisten sich in der nationalen Frage von den Faschisten zu sehr in die Defensive drängen lassen. Auch nach dem 2. Weltkrieg haben sie sich auf deren Demagogie eingelassen und versucht, sie immanent zu widerlegen, etwa nach dem Motto "Hitler hat den Krieg verloren, also ist die Nazi-Ideologie falsch". Die Theorie des Sozialdarwinismus, daß der Stärkere immer recht habe, war damit noch nicht widerlegt.

● In der DDR hatte der Kampf gegen die faschistische Ideologie insofern Besonderheiten, als die größten Nazis abgetaucht oder abgehauen waren. Es blieb allerdings die wichtige Aufgabe des Kampfes **gegen die faschistische Ideologie in den Köpfen der Massen**, die Auseinandersetzung etwa mit der Unmasse der faschistischen Bücher, von der Kindererziehung bis zur Wissenschaft. Fest steht, daß wir auf diesem Gebiet noch heute ungeheure Aufgaben zu bewältigen haben.

6. Zum Charakter der Staatsmacht in der SBZ/DDR

● Die Hauptdiskussion betraf die Frage: **Welchen Charakter hatte die Staatsmacht in der SBZ, bzw. der neu gegründeten DDR?**

Die als unmittelbares Ziel 1945 proklamierte "antifaschistisch-demokratische Ordnung" kann nicht einfach als "bürgerliche Diktatur" bezeichnet werden. Ebenso falsch ist es jedoch zu sagen, die Arbeiterklasse habe die entscheidenden Machtpositionen innegehabt. Denn die Frage, welche Klasse Deutschlands herrschte 1945 bis 1952 in der SBZ/DDR, ist von vornherein falsch gestellt. Dem Wesen nach herrschte eine nicht-deutsche Macht, die Macht der sozialistischen Sowjetunion, da die Waffengewalt von der Roten Armee ausging, der **Kern der Staatsmacht also in den Händen der sowjetischen Militärverwaltung lag**.

Seitens der Roten Armee konnte das Vertrauen in die deutsche Bevölkerung, auch in die deutsche Arbeiterklasse in der SBZ nicht gegeben sein. Bewaffnete deutsche Kräfte zu bilden, konnte daher erst nach einer längeren Übergangsphase realistisch sein. Unklar blieb hier, wie, im Rahmen der Gemeindeselbstverwaltung und der Länderregierungen, Deutsche am Staatsapparat beteiligt waren und wie dann deren Verhältnis und Kompetenzverteilung zur Roten Armee und der sowjetischen Militärverwaltung geregelt war.

Der Staat war eine **Diktatur der antifaschistischen Demokratie**, eine Diktatur über die Nazifaschisten und Reaktionäre, wobei die Hauptkomponente zu deren Unterdrückung eben die Rote Armee war. Dabei bestand das Problem darin, von

vorneherein ab 1945 demokratische Verhältnisse zu schaffen, die demokratischen Kräfte des deutschen Volkes für einen solchen antifaschistischen demokratischen Aufbau heranzuziehen, in einer Situation, in der die Mehrheit des deutschen Volkes nicht hinter dem Potsdamer Abkommen stand. Demokratische Verhältnisse konnten daher auch nur insoweit zugelassen werden, wie sie nicht gegen die Sowjetunion und gegen ihre Militärmacht genutzt wurden.

● Als weiterer Punkt wurde diskutiert, ob es nicht doch richtiger gewesen wäre, zum Zeitpunkt der Gründung der DDR 1949 *die Besten der deutschen Arbeiterklasse zu bewaffnen*:

Trotz großer Mängel, war die antifaschistische Erziehung der Arbeiterklasse doch nicht spurlos an ihr vorübergegangen. Die deutsche Arbeiterklasse hätte in der Auseinandersetzung mit den Sabotageakten der Nazis und der Reaktionäre sich bewähren müssen.

So ist dann durch die realen Kräfteverhältnisse am 17. Juni 1953 offenbar geworden, daß die antifaschistisch-demokratischen Kräfte in der deutschen Bevölkerung nicht in der Lage waren, der Konterrevolution selbst entscheidende Schläge zu versetzen. Spätestens hier zeigte sich, daß die Hauptmacht die Rote Armee darstellte.

Der Oktoberstreik 1950 in Österreich

Eine wichtige Publikation der Marxistisch-Leninistischen Partei Österreichs

In der Nummer 242 vom Januar 1991 der "Roten Fahne" wird der große Kampf der Arbeiterklasse in Österreich 1950 gegen die Verschlechterung ihrer Lebenslage, ihre militanten Aktionen gegen den sich stabilisierenden österreichischen Staat umfassend analysiert.

Von ganz besonderem Interesse ist dabei die konkrete Auseinandersetzung mit der damaligen Politik und Taktik der KPÖ, die sehr kritisch durchleuchtet wird.

Auf diese Weise geht diese Nummer der "Roten Fahne" der MLPÖ auch das große grundlegende Problem der Einschätzung der Linie und Politik der KPÖ nach 1945 an.

Gerade im Zusammenhang mit unserer Arbeit der Einschätzung der Linie und Politik der KPD und SED nach 1945/46 können bei Berücksichtigung der großen Unterschiede in der Lage dennoch auch wertvolle Aspekte für unsere Diskussionen über die Theorie und Praxis der KPD und SED gewonnen werden.

Wir können das genaue Studium und die Diskussion dieser Nummer der "Roten Fahne" der MLPÖ nur all unseren Leserinnen und Lesern dringend anraten.

Proletariat aller Länder, vereinigt euch! Proletariat aller Länder und unterdrückten Völker!

Rote Fahne

ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICH
Nummer 242 Januar 1991 Preis S 30,-

Erfahrungen und Lehren aus dem
machtvollsten Klassenkampf des
österreichischen Proletariats nach 1945

Der Oktoberstreik 1950



Mit den wichtigsten Streikdokumenten

Gegen eine Bewaffnung großer Teile der deutschen Arbeiterklasse zu einem so frühen Zeitpunkt sprach jedoch, daß diese bis zuletzt sich für den Nazifaschismus und die imperialistischen Kriegsziele einspannen ließen. Es war eben eine reale Gefahr, daß die Waffen dann in die Hände faschistisch denkender Arbeiter geraten konnten.

Der 17. Juni 1953 machte jedoch klar, wie faul die von der SED verbreitete Vorstellung war, daß in der DDR die deutsche Arbeiterklasse bereits die entscheidenden Machtmittel innehatte. Stattdessen hätte man offen und ohne Illusionen sagen müssen, daß sich die SED und der antifaschistische Staatsapparat im Kampf gegen die Nazis und die Kriegsverbrecher auf die Rote Armee und die sowjetische Militärverwaltung stützen mußten, da noch auf längere Sicht demokratisch-antifaschistische deutsche bewaffnete Einheiten für einen solchen Kampf nicht vorhanden sein würden.

- Eine noch mehr oder weniger ungeklärte Frage ist es auch, wie die mit Gründung der DDR geschaffenen *parlamentarischen Formen des Staates* zu beurteilen sind. Prinzipiell ist es nicht falsch, auf Grund des niedrigen Bewußtseinsstandes zunächst solche Formen und keine Räteform einzuführen. Es müßte hier jedoch noch näher aufgezeigt werden, inwiefern es - anders als im klassisch bürgerlichen Parlamentarismus - keine Gewaltenteilung mehr gab.

Eine Frage ist auch, ob es überhaupt eine Abwählbarkeit der Delegierten gab und wie diese in der Praxis ausgesehen hat. Unklar ist, inwiefern die Kontrolle von unten sichergestellt und ausgeübt wurde, welche Formen der Beteiligung der Werktätigen an der Staatsmacht bestanden. (Siehe dazu auch Stalins Rede in der Wählerversammlung vor seinem Wahlkreis in Moskau im Dezember 1937, in Stalin-Werke, Band 14, S. 161-167.)

- Eine weitere Frage war, wie man unter diesen Bedingungen den *Übergang zur Diktatur des Proletariats* schafft.

Unter dem Schutz der Roten Armee waren sicherlich große Möglichkeiten gegeben, die Masse der Arbeiterklasse heranzuziehen. Ihre Beteiligung und Mobilisierung bei der Verwirklichung des Potsdamer Abkommens, zur Enteignung der

Kriegsverbrecher und bei der Entnazifizierung wäre ein Hebel gewesen, im praktischen Klassenkampf ein solches Bewußtsein zu schaffen, daß die Masse der Arbeiterklasse auch der Frage des Sozialismus und der Diktatur des Proletariats gegenüber aufgeschlossen gewesen wäre. So z.B. an Hand der Fragen: Welche Klasse soll in den Betrieben und im ganzen Staat das Sagen haben? In wessen Interesse soll produziert werden?

Die Arbeitsgruppe war der Meinung, daß bei einer solchen richtigen Erziehung hin zum Übergang zum Sozialismus, durchaus realistisch in den fünfziger Jahren die Möglichkeit bestanden hätte, die Diktatur des Proletariats gestützt auf den erklärten Willen der Mehrheit des Proletariats zu errichten.

- Die Diskussion zum *Vorschlag der Sowjetunion von 1952, ein unabhängiges, neutrales, demokratisches und vereinigtes Deutschland* zu schaffen ergab:

In der damaligen Situation war der Vorschlag wohl richtig, da der überhastete Beschluß der SED, den Sozialismus aufzubauen, falsch war, denn die Voraussetzungen im Bewußtsein der Arbeiterklasse waren noch nicht geschaffen. Seine Realisierung hätte dem SED-Beschluß 1953, den Sozialismus aufzubauen, widersprochen. Unklar ist, inwieweit der "Stalin-Plan" 1952 eine indirekte Kritik an der SED war.

Die Realisierung des "Stalin-Plans" hätte jedoch für die Kommunisten in der DDR in mancher Hinsicht einen riesigen Schritt zurück bedeutet, da sie bei Wahlen dann sicherlich nicht die Mehrheit erhalten hätten und in der Opposition geblieben wären. Die Mobilisierung und Überzeugung der Masse der Arbeiterklasse für die sozialistische Revolution hätte sozusagen von unten wieder begonnen werden müssen.

Allerdings war es vermutlich unrealistisch anzunehmen, daß dieser Vorschlag von den westlichen Imperialisten und der westdeutschen Bourgeoisie akzeptiert werden würde, da diese Westdeutschland bereits als antikommunistisches und revanchistisches Aufmarschgebiet gegen die Sowjetunion und die Volksdemokratien aufgebaut hatten.

7. Die Lebensbedingungen in der DDR

● Diskutiert wurden die **unterschiedlichen ökonomischen Ausgangsbedingungen** in der SBZ gegenüber den Westzonen:

In der SBZ befand sich nur ein geringer Teil der Schwerindustrie und der Bodenschätze, die ökonomische Struktur war vorwiegend agrarisch. Enorme militärische Zerstörungen, Kapitalflucht und Sabotage waren ebenfalls von großer Bedeutung.

Durch die Nichterfüllung des Potsdamer Abkommens hatte die Ökonomie in Westdeutschland einen weiteren Vorteil, da die Demontage von Betrieben etwa im Ruhrgebiet vorzeitig eingestellt und Reparationsleistungen an die Sowjetunion nicht erfüllt wurden.

● Wie wurde dem **ideologischen und materiellen Druck von Seiten Westdeutschlands** in Bezug auf die Lebensbedingungen begegnet?

Es war ein Fehler, das Augenmerk der Arbeiterklasse zu sehr auf die Entwicklung der Produktivität und der ökonomischen Lebensbedingungen zu lenken und sich auf einen ökonomischen Wettbewerb mit dem Westen einzulassen. Man hätte nicht nur die schwierigen ökonomischen Ausgangsbedingungen, sondern auch die ökonomischen Vorteile der Imperialisten (Extraprofite) herausstellen müssen. Es wäre auch nötig gewesen, bewußt zu machen, daß **sozialistische Lebensqualität nicht vor allem am individuellen Konsum zu messen** ist, sondern wesentlicher z.B. die Sicherung des Arbeitsplatzes, die Entwicklung der sozialistischen Demokratie ist.

Dem wurde entgegengehalten: Wenn man schon die Überlegenheit des Sozialismus als Argument

anführt, dann müsse - trotz Wegfall des Kapital-exports und der Ausbeutung anderer Völker - auf längere Sicht die **sozialistische Produktionsweise auch materiell** in der Menge der produzierten Güter pro Kopf dem Kapitalismus **überlegen** sein. Allerdings ist dieses Argument ja konkret fehl am Platz, da die antifaschistisch-demokratische Ordnung von der Basis her ja eine kapitalistische Ordnung war.

● Ein genauer **Vergleich der Lebensbedingungen** zwischen der SBZ und den Westzonen steht im Grunde noch aus. Hierbei müßte dann auch herausgearbeitet werden, ab wann die SED die Überlegenheit der Ökonomie der DDR behauptet und inwiefern sie dies mit dem angeblichen Übergang zum Sozialismus begründet hat.

Die **demokratischen Entwicklung in den Betrieben** (Produktionsberatungen) scheint vernachlässigt worden, bzw. dem Bürokratismus zum Opfer gefallen zu sein.

In die völlig falsche Richtung ging die Argumentation, daß die "Wiedergutmachung" durch die "Sicherung eines durchschnittlichen **europäischen Lebensstandards** für das deutsche Volk" zu begrenzen sei (Siehe "Grundsätze und Ziele der SED" von 1946). Im Potsdamer Abkommen heißt es hingegen: "Nach der Bezahlung der Reparationen sind dem deutschen Volke genügend Mittel zu belassen, um ohne eine Hilfe von außen zu existieren". Es wäre wohl eher angebracht gewesen, sich z.B. mit dem Lebensstandard der von den deutschen Nazifaschisten überfallenen und schwer geschädigten Völker zu vergleichen.

8. Der 17. Juni 1953

● Es wurde diskutiert, inwiefern die These der Arbeitsgruppe richtig ist, daß man in der damaligen Zeit "eine ganze Generation abschreiben mußte". Selbstverständlich gab es eine Minderheit, die antifaschistisch eingestellt war. Aber die **Offensive gegen die Nazis** hätte **viel radikaler** ausfallen müssen. Es wäre möglicherweise richtig gewesen, die Parole auszugeben: kein Wahlrecht für aktive (oder mit Ausnahmeregelung im Kern für alle) NSDAP-Mitglieder. Stattdessen hat die SED eine radikale Abwehr und Härte gegenüber den Nazis abgelehnt und sich zu sehr auf die Bestrafung der Kriegsverbrecher beschränkt.

● **Schritte in Richtung Sozialismus** hätte man hingegen **wesentlich vorsichtiger** gehen sollen. So wurde die Frage der Normerhöhung, die praktisch eine Lohnkürzung war, zwar mit dem Sozialismus begründet. Sie war jedoch für die Arbeitermassen ganz und gar nicht akzeptabel, da diese nicht darauf vorbereitet waren. Es zeigte sich, daß die SED nicht offen und ehrlich gegenüber der Arbeiterklasse auftrat, sondern mit bürokratischen Mitteln vorging.

Angesichts des Entwicklungsstandes der Arbeiterklasse wurde vertreten, daß der Übergang zum

Sozialismus erst dann ohne Betrug an den Massen möglich und richtig gewesen wäre, wenn die Mehrheit des deutschen Volkes wirklich hinter dem Potsdamer Abkommen gestanden und sich eine breite antifaschistische Bewegung entwickelt hätte.

● Falsch war es, daß sich die SED am 17. Juni nur auf die Rote Armee stützte, statt die **Parteibasis und die Arbeiterklasse umfassend zu mobilisieren**. Die Frage, die dabei entsteht, ist allerdings, ob die SED eine solche Mobilisierung überhaupt für machbar hielt. Bei Wahlergebnissen von 99,6% war es ja unmöglich, die Wahlen als Stimmungsbarometer zu nutzen. Es gab im Grunde keine realistische Einschätzung der Stimmung der Massen.

● Ein weiterer Diskussionspunkt war, inwiefern die **Rote Armee auch andere Handlungsmöglichkeiten** gehabt hätte. Ein militärisches Nichteingreifen und ein Rückzug auf die Oder-Neiße-Grenze wäre eine enorme Stärkung des deutschen Imperialismus und ein Verzicht auf Reparationen gewesen. Für die Kommunisten hätte das Verhältnisse wie in den 50er Jahren in Westdeutschland für ganz Deutschland bedeutet.

9. Tiefergehender Kampf gegen die deutsche Ideologie

Über den Zusammenhang zwischen dem Kampf gegen die Nazi-Ideologie und dem Kampf gegen die deutsche Ideologie gab es nur eine kurze Diskussion:

Als Problem wurde vor allem angesehen, sich im Kampf gegen die nazifaschistische Ideologie **auf die sogenannten "Großen Deutschen"** wie Goethe **uneingeschränkt** als sogenanntes "fortschrittliches deutsches Kulturerbe" **zu berufen**.

Denn auch die Nazis haben ja diese "Großen Deutschen" propagiert, konnten sich auf deren reaktionäre Tendenzen berufen. Richtig wäre stattdessen gewesen, differenzierte Einschätzungen zu erarbeiten und auch gerade sogenannte "anti-deutsche" Deutsche, wie etwa Heine oder auch Marx und Engels zu propagieren, die lange Zeit im Exil leben mußten. Dadurch hätte man auch den Internationalismus herausstellen können.

10. Abschlußplenum

Im abschließenden Plenum wurden vor allem die noch notwendigen Aufgaben umrissen:

Die wenigen, aber unumstrittenen **Eckpunkte bei der Einschätzung** der KPD/SED müssen festgehalten werden.

Es ist notwendig, mehr als bisher, unsere Einschätzung durch die **Auswertung der Klassikertexte** zu untermauern.

Die genaue Berücksichtigung der **besonderen Lage** damals kann nicht die **Prinzipien des Marxismus-Leninismus** außer Kraft setzen. Was und inwiefern an diesen Prinzipien modifiziert, wie sie also **richtig** angewandt werden mußten, gilt es aber noch genauer herauszuarbeiten, gerade im Hinblick auf die Frage des Charakters des Staatsapparates und die Frage der Schaffung sozialistischen Bewußtseins beim Übergang zum Sozialismus.

Wie die Frage der **Mitverantwortung** angegangen wurde, muß noch genauer differenziert werden. Es muß ein genaues, realistisches und abgestuftes Bild entstehen.

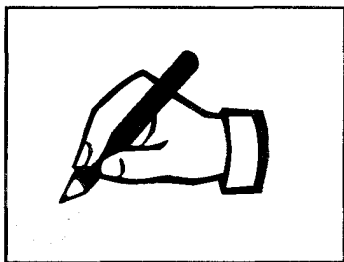
Die ganze Frage der Einschätzung und des **Herangehens an die SED** ist noch keinesfalls gelöst. Wie muß eine Selbstkritik aussehen? Hätte man zum Kampf gegen die

SED aufrufen oder sie solidarisch kritisieren müssen? Trotz aller auch schweren Fehler ist die SED auf keinen Fall in dieser ersten Zeitspanne als konterrevolutionär einzuschätzen. Ein Problem ist allerdings bei unserer Einschätzung, daß die positiven Punkte noch zu wenig herausgestellt werden.

Zum Schluß wurde noch festgehalten, daß alle unsere Projekte mehr oder weniger provisorisch sind. Wir sind gezwungen, uns dauernd Aufgaben vorzunehmen, die uns eigentlich überfordern. Davon ist auch die Veranstaltung und ihre Vorbereitung gekennzeichnet. Allerdings ist diese Veranstaltung auch vom Charakter her ganz bewußt anders als etwa frühere Schulungsveranstaltungen. Es ist eine Arbeitstagung, wo Probleme, Dokumente und Einschätzungen zur Diskussion gestellt werden. Alle Teilnehmer sollten in die Arbeit mit einbezogen werden. Niemand konnte erwarten, daß es für all die Fragen bereits fix und fertige Lösungen, eine fertige Linie gibt.

Gerade der Verlauf der Diskussion zeigt, wie wichtig diese Einbeziehung eines breiten Kreises in die Diskussion ist, um bereits während der Ausarbeitung der Linie, möglichst vielfältige und vielseitige Argumente und Gesichtspunkte kennenzulernen und in der weiteren Arbeit berücksichtigen zu können.





Korrespondenzen und Briefe unserer Leserinnen und Leser

Zur fortschreitenden Einverleibung der DDR und Westberlins durch den west/deutschen Imperialismus

Vorbemerkung:

Angesichts der weiter fortschreitenden Einverleibung der DDR und Westberlins in den letzten Monaten entzündete sich eine lebhafte Debatte darüber, wie weit die Einverleibung durch den west/deutschen Imperialismus nun schon fortgeschritten ist, und ob unsere Feststellung vom Oktober 1990 noch zutrifft, daß "das letzte Wort noch nicht gesprochen ist".

Wie weit hat der west/deutsche Imperialismus diese Gebiete schon einverleibt, wie lange wird es noch bis zur vollständigen Einverleibung dauern? Wann kann man von einem einheitlichen deutschen Staatsapparat sprechen? Welche Faktoren können das beschleunigen, welche den Prozeß bremsen, ist es möglich, diesen gar aufzuhalten? Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die tägliche Agitation und Propaganda, auf welche Perspektiven muß man orientieren? Was für Schlußfolgerungen müssen wir in Bezug auf die Aufgaben des Parteaufbaus ziehen? - das waren Fragen, die in dieser Debatte aufgeworfen wurden.

Wir meinen, daß es noch eine gewisse Möglichkeit gibt, daß die Einverleibung der DDR und Westberlins noch in einem Stadium ist, wo sie noch nicht "unumkehrbar" ist. Dabei handelt es sich zwar um eine *immer unwahrscheinlichere*,

aber *nicht völlig auszuschließende, unrealistische* Möglichkeit. Die *Bedeutung* dieses Widerspruchs liegt in der Frage, ob in den nächsten Monaten und Jahren aufbrechende und sich entwickelnde Kämpfe innerhalb der DDR und Westberlins, die sich *gegen* die Einverleibung richten, von ihrer Stoßrichtung und ihren Erfolgsaussichten her als "illusionär" eingeschätzt werden müssen oder nicht.

Daß sich die Kolleginnen und Kollegen aus der DDR eine "Vereinigung" so nicht vorgestellt haben, daß sie, wenn sie das gewußt hätten, dagegen gewesen wären - das ist der zunehmende Tenor der Diskussionen und Debatten auch innerhalb der Gewerkschaft.

Wenn sich aus den Kämpfen in den "fünf neuen Bundesländern" ein Kampf entwickeln sollte, der sich *gegen* die erfolgte Einverleibung wendet, dies auch direkt ausspricht und anstrebt, so werden wir solche Kämpfe auf jeden Fall unterstützen.

Wir werden solche Kämpfe unterstützen, unabhängig davon, ob schon geklärt ist, wie weit der Prozeß der Einverleibung der DDR (und auch Westberlins) fortgeschritten ist, unabhängig also von den sogenannten "Erfolgsaussichten". Un-

serer Meinung nach ist es von überragender Bedeutung für den Prozeß der Bewußtmachung und Organisierung der Arbeiterklasse in der ehemaligen DDR und in Westberlin, wenn ein Kampf direkt **gegen** die Einverleibung durch den west/deutschen Imperialismus und ihre Folgen geführt wird und ein solcher berechtigter Kampf, der den west/deutschen Imperialismus schwächt, von den Arbeiterinnen und Arbeitern in Westdeutschland unterstützt wird.

Entsprechend sind wir auch nicht der Meinung, daß wir in unserer Organisationsarbeit die ehemalige DDR als unser Arbeitsgebiet ansehen. Das heißt nicht, daß wir dieses Gebiet, die dortigen Kämpfe negieren. Ganz im Gegenteil, ist es unser Bemühen, uns über die dortigen Kämpfe zu informieren, mit Genossinnen und Genossen der "fünf neuen Bundesländer" zu debattieren und den dortigen Kampf gegen den west/deutschen Imperialismus solidarisch und ohne westdeutsche Überheblichkeit zu unterstützen.



Die Debatte über die Frage der "Einverleibung der DDR" konzentriert sich aus unserer Sicht immer mehr auf ideologische Fragen des Kampfes gegen den Nationalismus.

Falls in dieser Debatte Ansichten Bedeutung erhalten, die nun gar beginnen, in der "nationalen Einheit" positive Aspekte herauszustellen und den neuen Zustand nicht als Rückschritt gegen-

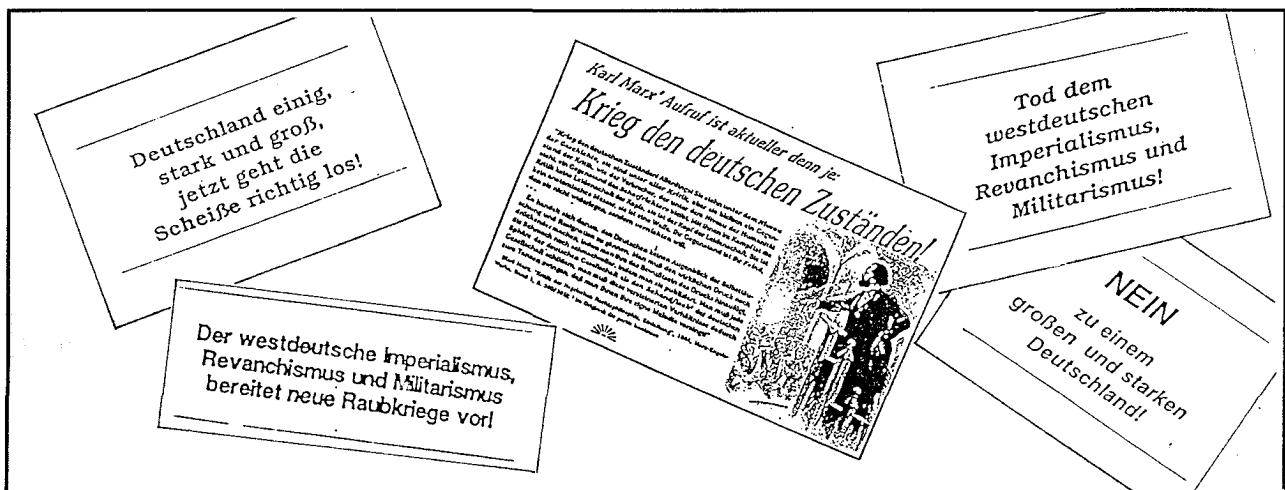
über dem vorherigen Zustand zu begreifen, wie sollte dann der um sich greifende pestartige deutsche Chauvinismus wirkungsvoll bekämpft werden? Die alten Worte Lenins fallen uns ein: Kratze an so manchem Kommunisten, und der großrussische (deutsche) Chauvinismus wird sichtbar!

Es ist gewiß eine Sache, ob die Frage einer möglichen Rückgängigmachung der Einverleibung der DDR von Genossinnen und Genossen als unrealistisch angesehen wird, weil sie schon zu weit fortgeschritten sei, keine Gegenwehr in Sicht sei, oder aber ob nun anklingt, daß eine solche Möglichkeit ja eigentlich eh gar nicht wünschenswert sei, denn "nationale Einheit" sei eben "nationale Einheit".

Die groß angelegten Treffen der Revanchistenverbände an Pfingsten haben deutlich gemacht (und nicht nur diese Treffen, sie sind einerseits eher nebensächlich, andererseits offener Ausdruck des Revanchismus), was für die Nachbarvölker zu erwarten ist: "Deutschland, einig, stark und groß - die Scheiße geht schon wieder los" - das kann und muß laut gesagt werden.



Im folgenden geben wir Einblick in die briefliche Debatte mit Lesern und Leserinnen aus Westberlin, Westdeutschland und der ehemaligen DDR. Im Anhang dokumentieren wir unsere Eindrücke vom 1. Mai in Leipzig.



Streuzettel und Aufkleber, die von GDS bei verschiedenen Aktionen am 3. Oktober 1990 verwendet wurden

Aus einer Fülle von Leserbriefen drucken wir hier eine gewisse Auswahl ab. Jede Leserbriefschreiberin und jeder Leserbriefschreiber erhielt aber selbstverständlich eine Antwort bzw. das bestellte Material zugeschickt.

Kritik am GDS-Flugblatt "Ein Herz für Rußland? Kriegsvorbereitung!"

Liebe Genossinnen und Genossen!

Euer Dezemberflugblatt "Ein Herz für Rußland? ..." hat mir insgesamt gut gefallen.

Gestolpert bin ich jedoch über die Schreibweise des "west/deutschen Imperialismus" (Hauptüberschrift und Zwischenüberschrift) [Gemeint ist der Schrägstrich zwischen "west-" und "-deutschen", Anm. d. Redaktion]. Wolltet ihr die Kontinuität des westdeutschen Imperialismus zum deutschen Imperialismus des Faschismus damit zum Ausdruck bringen? Mag sein. Problematisch darin ist aber, dies (erstmalig?) in einer Zeit zu schreiben, wo irgendwann der westdeutsche Imperialismus aller Voraussicht nach wieder gesamtdeutscher Imperialismus sein wird, dies aber zur Zeit sicher noch nicht ist.

Die Leserin, der Leser weiß nicht, ob ihr mit der neuen Schreibweise nun schon sozusagen unter der Hand dabei seid, Eure Linie zu ändern, noch vom westdeutschen/deutschen Imperialismus spricht, um dann später nur noch vom deutschen Imperialismus zu reden.

Wo bleibt da, "Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen"?!

Viele Grüße, E., Westberlin, 10.1.91

Antwort auf die Kritik (28.1.91):

Liebe(r) E.

Vielen Dank für Deinen Brief vom 10.1.91 mit Deiner Kritik an unserem "Rußlandhilfe-Flugblatt".

Mit der Schreibweise "west/deutscher Imperialismus", die Du problematisch findest, wollen wir nicht in erster Linie auf die Kontinuität des "alten" deutschen Imperialismus hinweisen, das haben wir auch schon früher getan.

Wir wollen mit dieser Schreibweise deutlich machen, daß die jüngste Entwicklung, der Prozeß der Einverleibung der DDR (und Westberlins) nicht spurlos an uns vorübergegangen ist, wir sozusagen weltfremd wären. Denn was für einen deutschen Imperialismus gibt es heute noch außer dem westdeutschen? Gleichzeitig wollen wir aber auch in Erinnerung rufen, daß für uns "das letzte Wort noch nicht gesprochen" ist, daß wir durchaus noch die Notwendigkeit sehen, den westdeutschen Imperialismus besonders hervorzuheben und den Prozeß der Einverleibung noch nicht für abgeschlossen zu betrachten.

Allerdings glaube ich auch, daß wir dann später - über den Zeitraum will ich jetzt nicht spekulieren - auch nur noch vom "deutschen" Imperialismus sprechen und schreiben werden.

Viele Grüße ...



K. aus der ehemaligen DDR (12.1.1991):

Werte Freunde,

wenn auch etwas verspätet, so möchte ich Euch nicht minder herzlich für die umfangreiche Sendung Eurer Materialien danken. Obwohl ich kein Theoretiker sein will und ich auch unumwunden zugebe, daß die Verarbeitung der Vorgänge in der Ex-DDR in meinem Kopf noch nicht abgeschlos-

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINT SICH
PROLETARIAT ALLER LÄNDER EINZIGER FREIHEIT VÖLKER VEREINT SICH

GEGEN DIE STRÖMUNG

Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands
November 1989

Die alte Nazi-Parole "Heute gehört uns Deutschland, morgen die ganze Welt" erlebt einen neuen Aufschwung:

Der westdeutsche Imperialismus bedroht die Völker der Welt mit einem neuen Krieg!

Die Ereignisse überschlagen sich. Innerhalb weniger Tage, ja Stunden kam es zu einer Massenmobilisierung, die objektiv die Interessen des westdeutschen Imperialismus unterstützen: "Die Nacht ohne Grenzen", "Die Mauer ist weg" schreie es von allen Theatern der Zeitungen des westdeutschen Imperialismus. Im Stille von Fernsehübertragungen, Radio und Fernsehkanälen Live-Übertragungen von allen Grenzüberlässen. Die "Wiedervereinigung Deutschlands" war wie selbstverständlich in aller Munde, revolutionäre Massen-Kampfbanner wurden in der "Freiheits-Berlin" für die "Deutschen aus Ost und West" gehalten. Der westdeutsche Imperialismus, Neofaschismus und Militarismus hat einer Sieg errungen, dessen Ausmaß und Folgen für die meisten heute noch nicht absehbar sind.

Der Triumph des westdeutschen Revanchismus

Als die Völker der Welt Nazi-Deutschland besaßen, saßen sie immer der deutsche Imperialismus, Revanchismus und Militarismus gegenüber. Heute ist es nicht mehr der westdeutsche Imperialismus, der heute wieder als einer der stärksten Imperialismen.

stischen Großmacht. Todfeind der Völker der Welt. Mit seinem großer Schritt hat die Einschätzung der DDR wieder einen Kern und Grundstein auf der von den europäischen Kriegsgelächter noch mehr. Ein neues Kapitel in der historischen Geschichte des deutschen, des westdeutschen Imperialismus hat begonnen.

Die Sache war, schon über Jahre und Jahrzehnte vorverworfen. Schon immer hatte die westdeutschen Imperialismus durch ihre Vandalen mit deutschen Propagandisten nicht nur für die Bewohner der DDR.

Für die Erweiterung der DDR durch den westdeutschen Imperialismus ist es zunächst nicht notwendig, ob es eine formale "Wiedervereinigung" in nächsten Zeit gibt. Entscheidend ist, ob die ökonomische Offensive des Imperialismus auf Hochwasser läuft, um bei der Ausbreitung und Ausweitung der Arbeiter und Arbeiter sowie der westlichen Wertschöpfen in der DDR mal so richtig zu zeigen wie man es macht. Und die Bundes-Militärmacht nicht übersehen. Und dann geht es so wie so weiter nach Polen, nach Ungarn, in die Sowjetunion...

Tod dem westdeutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus!

Antifaschistin von der Polizei in den Tod gehetzt!

Am 17.11.89 kam es in Göttingen, wo schon so oft in den Wochen vorher - zu einer Auseinandersetzung mit einer Antifaschistin und Antifaschisten mit neo-faschistischen Brandstiftern. Die Faschisten konnten verhindern werden Anschuldigungen vorzubereiten der Ökonomie haben eine Forderung auf die Antifaschisten. Nachdem sich die Polizei über Punkt abgesprochen hat "Sollen wir die plattmachen?" - "Wir haben genügend Kräfte", werden die Antifaschisten durch die andere Polizeieinschätzung. Polizisten schürten sich mit Knütteln und Schlagstöcken auf eine Comy W. die die Kette der Polizei zu entkommen versucht, wird von ein verhetztes Auto gefahren. Erste Hilfe wird für notwendig, sucht vor den Augen ihrer Freunde.

Comy W. ist nicht die erste oder einzige die aufgrund ihrer politischen Gesinnung und ihres Kampfes getötet wurde. Philipp Müller (1952), Benno Ohnesorg (1967), Peter Schöten und Georg von Rauch (1971), Thomas Weisbecker (1973), Vahni Oelz (1979), Ulrike Meinhof, Andreas Baader, Gudrun Enssle, Jan Carl Raspe (1976), Oskar Roman (1980), Claus Rottke (1981), Norbert Albus (1983), Günter Sahm (1985). Diese Liste derjenigen, die der Staatsapparat des westdeutschen Imperialismus auf dem Gewissen hat, ist lang und dennoch längst nicht vollständig.

Das ist eben das wahre Gesicht des westdeutschen Imperialismus: Nach Verbrechen laufen ungemein herum, Notizen werden durch die Polizei geschickt, während der Prozess, Antifaschisten und Revolutionäre niederknüttelt, eingesperrt und ermordet werden. Wie dürfen sich also nur in den westdeutschen Staatsapparat haben. Er selbst ist es, der die Faschismus veranlaßt und die Nazi-Banden ruft und hervorbringt.

Die braune Pest geht von diesem Staat aus!

Bundesweite Demonstration am Samstag, den 25.11.89 in Göttingen, 15.00 Uhr
Platz, Wilhelmshöhe, 15.00 Uhr

Weise verbreitete Ideologie ehrlichen Herzens geglaubt wurde und man der Meinung war, wirklich am Aufbau des Sozialismus mitzuwirken bzw. internationalistischen Pflichten nachzukommen. Ein weiteres - vielleicht psychologisches - Problem, das zu untersuchen wäre, ist, wieso wir zu offensichtlichen Fehlern in der DDR (u.a. falsche Wirtschaftspolitik, Abhängigkeit von westlichen Krediten, falsche Sicherheitsdoktrin, aufkommen der Nationalismus - sprich "sozialistischer Patriotismus", moralischer Verfall bei den Funktoren, Schwarz-Weiß-Malerei in ideologischen Fragen) geschwiegen haben. Auf jeden Fall haben nun viele der Menschen, für die der Sozialismus früher ein Ideal war, resigniert und sich zurückgezogen. Obwohl ich mich mit dieser Haltung nicht identifizieren kann, finde ich es immer noch ehrlicher, als ohne Bedenken auf einen Zug, der in die entgegengesetzte Richtung fährt, aufzuspringen und seine Vergangenheit als DDR-Bürger und vielleicht noch mehr zu vergessen.

(Zum Schluß) möchte ich die Dokumente der 1. Parteikonferenz, also die Nummer 46 bis 49 von "Gegen die Strömung" bei Euch bestellen ...

Mit Dank im voraus und besten Wünschen für Euch für 1991 verbleibe ich

mit freundschaftlichen Grüßen, K.

Antwort auf den Leserbrief aus der Ex-DDR

Lieber Freund!

Verzeih die späte Antwort, es gibt keine Entschuldigung dafür. Denn wir sind sehr an einer schriftlichen Diskussion über alle von Dir angeschnittenen Punkte interessiert.

Die beste "Bezahlung" für unsere regulären Nummern, wenn Du, wovon ich ausgehe, sehr knapp bei Kasse bist, wäre eine regelmäßige Kritik und Rückmeldung. Wäre das ein annehmbarer Vorschlag? Wenn, was ich nicht hoffe, unsere Ansichten dann doch zu weit auseinandergehen, kannst Du uns das ja dann jederzeit mitteilen.

sen ist, kurz einige Gedanken. Ich muß vorausschicken, daß ich Eurer Meinung, daß "das ökonomische und politische System der Ära Honecker in der DDR ... eindeutig als kapitalistisches System eingeschätzt" werden kann, global so nicht zustimme. Da halte ich es eher mit der Einschätzung von Jürgen Kuczynski, der im ND vom 5.1.1991 schrieb: "Ich würde das in der DDR einst herrschende System so charakterisieren: Zu den im Vergleich zum Kapitalismus sehr bedeutsamen sozialistischen Elementen gehörte ein bescheidenes aber absolut sicheres und sehr umfassendes Netz sozialer Sicherheit. Zu den kapitalistischen Elementen gehörte eine beschränkte Marktwirtschaft für Konsumenten. Und dann gab es noch das feudalabsolutistische Element der Kommandowirtschaft von Partei- und Staatsführung. Die Gesellschaftsform der DDR war folglich eine recht gemischte."

Und ich möchte noch zu denken geben, daß von vielen Menschen in der früheren DDR, nicht nur von SED-Mitgliedern, die von der Partei- und Staatsführung in demagogischer Art und

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINT SICH
PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND INTERNATIONALE PROLETARIAT VEREINT SICH

GEGEN DIE STRÖMUNG

Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands
Oktober 1990

„Wenn die nationale Borniertheit überall widerlich ist, so wird sie namentlich in Deutschland ekelhaft...“
Stalin/Enrich, „Die deutsche Revolution“, 1946, Werke Band 3, S. 428

3. Oktober 1990: Ist die Einverleibung der DDR und Westberlins abgeschlossen?

Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen...!

Die westdeutsche Bourgeoisie triumphiert: Der 3. Oktober 1990 soll die vollständige Einverleibung der DDR und Westberlins juristisch und politisch besiegeln. Der Schlussstrich soll gezogen werden unter die „Nachkriegsgeschichte“.
Die westdeutschen Imperialisten jubilierten, da nun endlich alle Ergebnisse des 2. Weltkrieges, die aus der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands vor den Mächten der „Anti-Hitler-Koalition“ resultieren, rückgängig gemacht würden.
Die Ergebnisse der sogenannten „Zwei-plus-Vier-Gespräche“ scheinen ihnen Recht zu geben. Diese vier Staaten haben alles „vergessen und vergeben“. Aber die Völker der Welt erinnern sich und wissen:
Ein neues Kapitel in der blutbesudelten Geschichte des (west)deutschen Imperialismus hat begonnen.

Karl Marx' Aufruf ist aktueller denn je:
Krieg den deutschen Zuständen!

„Krieg den deutschen Zuständen! Allerdings! Sie stehen unter dem Niveau der Geschichte, sie sind unter aller Kritik, aber sie bleiben ein Gegenstand der Kritik, wie der Verbrecher, der unter dem Niveau der Humanität steht: ein Gegenstand des Schatzrichters bleibt. Mit ihnen im Kampf! Ist die Kritik keine Leidenschaft des Kopfes, sie ist der Kopf der Leidenschaft. Sie ist kein anatomisches Messer, sie ist eine Waffe. Ihr Gegenstand ist Ihr Feind, den sie nicht widerlegen, sondern vernichten will.“
...
Es handelt sich darum, den Deutschen keinen Augenblick der Selbsttäuschung und Resignation zu gönnen. Man muß den wirklichen Druck noch drückender machen, indem man ihm das Bewußtsein des Drucks hinzufügt, die Schmach noch schmerzlicher, indem man sie publiziert. Man muß jede Späne der deutschen Gesellschaft als den Schandfleck der deutschen Gesellschaft schildern, man muß diese veräuserten Verhältnisse dadurch zum Tarnen zwingen: daß man ihnen ihre eigene Melodie vorsingt!“
Karl Marx, „Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, Einleitung“, 1844, Marx-Engels-Werke, Band 1, S. 380/381; in: Original: die petite bourgeoisie



● Die bisherige Verzahnung der Wirtschaft der DDR mit der SU und Osteuropa, die Auswirkungen der dortigen Veränderungen,

● die bisherigen Orientierungen der DDR-Industrie auf den Markt in Westdeutschland, Export-Import,

● die Rolle einer Politik der DDR gegenüber sogenannten „Entwicklungsländern“ im Zusammenspiel mit der Sowjetunion und deren wirtschaftliche Auswirkungen auf die DDR,

● das Grundproblem der Auswirkung einer „Eroberung“ neuen Gebietes durch eine imperialistische Macht, die Ausplünderungsmethoden und ihre Auswirkungen auf den Lebensstandard der Werktätigen,

● das Ausmaß der Verschuldungen und Zinszahlungen der DDR.

Aus all diesen (und anderen) Faktoren wird sich ein realistisches Bild zeichnen lassen, das in ein Bild der heutigen Lage münden mußte.

Eine solche Analyse würde überzeugend zeigen, daß nicht nur das Wirtschaftssystem im Kern kapitalistisch war, sondern auch das politische System eine „Diktatur der Bourgeoisie“.

Das, was J. K. als „sozialistische Elemente“ bezeichnet, gab es und gibt es in der DDR bzw. Ex-DDR, das bestreiten wir nicht.

Allerdings ist unsere Meinung eben, daß es sich um **Formen**, um **Hüllen** handelt, die den wahren Inhalt verdeckt haben. Auch Formen und Hüllen haben ein Gewicht, müssen berücksichtigt werden, aber es darf nicht die Grenze überschritten werden, daß aus der Form der Inhalt, aus dem Nebensächlichen die Hauptsache gemacht wird.

Wir haben in der Nummer über die Einverleibung der DDR schon angefangen, diese Fragen zu diskutieren.

Vor allem aber versuchen wir, uns dieser Frage durch eine genauere Analyse der gesamten Entwicklung der DDR und der SED zu nähern.

im Kapitalismus in einigen Bereichen verstaatlichte Betriebe, ohne daß hier von Sozialismus geredet werden kann, wie Engels schon in Hinblick auf die verstaatlichte Tabakindustrie schrieb. Dies sind auch keine „sozialistischen Elemente“.

Der ganze Trick bei J. K. ist, glaube ich, das Wort „Elemente“. Durch die bloße schematische Aneinanderreihung kann er sich davor drücken, klar zu sagen, was vorherrschend war.

Und dabei sind wir aber auch schon bei dem großen Thema, daß „unsere“ Einschätzung der DDR als kapitalistisch, gar „eindeutig kapitalistisch“ den riesigen Nachteil hat (der im Moment noch unvermeidbar ist), nicht Stück für Stück nachweisen zu können, **warum** in den letzten Monaten so massiv alles umstrukturiert wird und eine so massive Verschlechterung der Lebenslage dabei herauskommt.

Dies umfassend und möglichst konkret zu analysieren, wäre eine ganz wichtige Aufgabe. Dabei wären folgende Faktoren von großer Bedeutung:

+ Briefe + Briefe + Briefe + Briefe + Briefe + Briefe + Briefe + Briefe + Briefe + Briefe + Briefe +

Auch wenn es sich noch um sehr "rohes", insofern "internes", aber nun auch nicht geheimnisvolles Material handelt, hoffe ich, daß Dir das beigelegte Material zur "Konferenz über die SED" zeigt, daß wir durchaus ernsthaft und nicht nur auf der Ebene von Schlagwörtern oder Phrasen hart daran arbeiten, in allen von Dir angeschnittenen Fragen mehr Klarheit zu erlangen, um unsere Behauptungen und Thesen wirklich fundiert untermauern und begründen zu können und wo nötig zu differenzieren.

Über einen engen Briefkontakt würden wir uns sehr freuen,

mit revolutionären Grüßen, ...

K. aus der Ex-DDR schreibt einige Wochen später (20.3.91):

Liebe Freunde,

ich danke Euch für die Zusendung der bestellten GDS-Nummern und die ebenfalls erhaltene Sondernummer 52*.

Ich habe mich gefreut, daß bei Eurer Sendung auch das Verzeichnis Eurer Veröffentlichungen 1974-1983 dabei war. Insbesondere als ehemaliger Radio-Tirana-Hörer seit Mitte der 70er Jahre (und besonders der Sendung "Die marxistisch-leninistische Weltbewegung wächst und erstarkt!") würden mich einige der Publikationen aus Eurem Verzeichnis interessieren. Damit meine ich die Reihen "Materialien-Nummern", "Internationale Informationen" und "Theorie und Praxis des Marxismus-Leninismus" sowie einige ältere GDS-Nummern.

Vielleicht könnt Ihr mir mitteilen, welche Materialien aus dem Verzeichnis noch lieferbar sind.

Ich danke Euch im voraus und verbleibe

mit solidarischen Grüßen, K.

* "Die reaktionäre Hetze gegen die heutige Antikriegsbewegung bekämpfen", GDS-Nr. 52

GEGEN DIE STRÖMUNG

Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands
10. Januar 1991

Der Kampf der Arbeiterklasse in der Türkei - Vorbild für den Kampf gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen. Vorbild im Kampf gegen imperialistische Kriegspolitik:

Statt "nationaler Opfer" und Beteiligung an der imperialistischen Kriegstreiberei -

Kampf gegen den west/deutschen Imperialismus!

Im Zuge der zunehmenden Einverleibung der DDR tönen die west-deutschen Imperialisten immer lauter und öfter: "Alle Deutschen müssen Opfer für das gemeinsame Interesse, die Einheit Deutschlands, bringen". Gemeinsames Interesse? Alle Deutschen? Bei genauerem Hinsehen entpuppt sich das als pure Heuchelei. Denn die "Opfer" der west-deutschen Bourgeoisie sind in Wirklichkeit riesige Vorteile: steigende Profite, neue Märkte für Kapital und Waren in der einverleibten DDR, billige Arbeitskräfte, kurz: eine ungeheure Stärkung des west-deutschen Imperialismus. Für die Arbeiterklasse, für die Werktätigen dagegen springt etwas ganz anderes dabei heraus: Steuern, Miet- und "Abgaben"-Erhöhungen, zunehmende Ausbeutung durch Reallohnverlust und Intensivierung der Arbeit, Arbeitslosigkeit usw.!

Die angeblich "gemeinsamen Interessen" zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten existieren auch in Westdeutschland lediglich in der Propaganda der Ausbeuter, die ihre Diktatur damit zu verschleiern und festigen suchen.

• Denn wen gehören die Fabriken, die Kohle, die Stahl, die ungeheuren Warenmengen? Doch die Kapitalisten und nicht der Arbeiterklasse, die sie produziert oder geschaffen hat!
• Sollten sich die Ausgebeuteten etwa um das Wohlbefinden der Kapitalisten kümmern, nach dem Motto "wenn es den Kapitalisten (der "Wirtschaft") gut geht, geht es auch uns gut"? Doch die Erfahrung zeigt das Gegenteil. Geht es den Kapitalisten gut, wird investiert, rationalisiert, die Arbeitslasten verschärfen, und wie werden entlassen. Geht es ihnen "schlecht", wird Konsum gesenkt, ganze Fabriken werden geschlossen - das Versteck, die Kosten werden auf die Werktätigen abgewälzt!

Nach: Auch die Wirtschaftskrise in Westdeutschland ist gekennzeichnet durch das massenhafte Ausbremsen des sozialen Bewegungen und Protesten. Doch worin liegt es dann, daß die Propagandisten der west-deutschen Imperialisten offen die "gemeinsamen Interessen" beschwören und zu einem Leiharbeiter der Werktätigen aufrufen können?

Beilage:

Stellungnahme von "Gegen die Strömung" gegen die US-Aggression und die Doppeltaktik des west/deutschen Imperialismus im Nahen Osten

Solidarität mit den streikenden Arbeitern und Arbeiterinnen in der Türkei!

Seit Ende November 1990 befinden sich 40000 Bergarbeiter der Stadt Zonguldak an der Schwarzmeerküste im Streik. Sie streiken gegen die Verschlechterung ihrer Lebenslage durch die Inflations von rund 70% bei einem Tageslohn von nur umgerechnet 4,50 DM. Für ein Kilo Bohlen muß ein Bergarbeiter heute fast doppelt so lange arbeiten wie vor 15 Jahren!

Die Kuppeln von Zonguldak liegen auch durch massives Polizeieinsatz und Militär aufrecht. Trotz der Entsendung von armenesischen Polizeieinheiten, von Straßenpatrouillen von schwerbewaffneten Soldaten findet fast täglich Demonstrationen statt.

Doch die Bedeutung des Streiks von Zonguldak geht über einen einfachen Lohnkampf hinaus. Der Streik wurde zum ernsthaften Beispiel für die unterdrückten Werktätigen in der ganzen Türkei. Sympathisanten und Solidarität wurden in ganzem Land durchgeführt. Hühner wurden am 9. Januar, dem Tag der Revolution, an 1,5 Millionen verteilt.

Zunehmend geht der Streik auch über rein ökonomische Forderungen hinaus. Lauter werden die Parolen gegen die Regierung und gegen die Kriegsverbrechen der Türkei.

Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, wendet die Kampfkraft von Zonguldak am 4. Januar zu einem Fußmarsch nach Ankara auf. Nachdem sie dabei getötet worden waren, mit Busen zu fahren. Sautek Bomben und die Einsatz von Polizei und Militär zwangen sie, ihren Marsch 220 km vor Ankara am 7. Januar rundherum abzubrechen. Der Streik aber geht weiter!

Es lebe der proletarische Internationalismus!

Den Kampf der Sinti und Roma unterstützen!

S. 2

Stationierung der Bundeswehr in der Türkei

S. 3

Neonazi-Morde in Göttingen und Hachenburg

S. 4

"Bleiben Sie in Gegenströmung!"

W. schreibt auch aus der ehemaligen DDR (20.3.1991):

Besten Dank für die Zusendungen! Ja, ich liege auf Ihrer Ansichtsebene, aber die guten Ideen und Theorien des Sozialismus wurden ja leider nicht richtig gehandhabt und so kam es zum "Schiffbruch"! Die humanismusgeprägten, sozialen Ideen eines demokratischen Sozialismus leben aber weiter und werden auch sicher wieder erstarken! Die gesellschaftliche Entwicklung in der Menschheitsgeschichte verlief doch seit je in der Regel so: Zwei Schritte vorwärts, einen zurück! Jedoch, so lange es bei Ihnen (d.h. BRD) circa zwei Drittel der Bevölkerung gut geht, wenn auch zu einem guten Teil durch die Ausnutzung großer Teile der sogenannten dritten Welt, kann man offensichtlich wenig machen. Die meisten Leute denken, und gerade bei einem gewissen Wohlstand, eng-

GEGEN DIE STRÖMUNG

Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands



*Unterstützen wir die berechtigten
Kämpfe der Werktätigen in der
ehemaligen DDR gegen die
Verschlechterung ihrer
Lebenslage!*

Bereits vier Monate nach dem Wahlsprecher "Keinen soll es schaden, gehen wir", überschritten sich die Lebensbedingungen der breiten Massen der Werktätigen in Westdeutschland durch massive Steuererhöhungen. Mindestens 43 Milliarden DM höhere Steuerumlagen innerhalb von zwei Jahren wird der Staat des westdeutschen Imperialis durch die Erhöhung der Lohnsteuer, aber auch der Mineralölsteuern haben. Nach der Zahlung von 15 Milliarden DM für die von den US-Imperialisten angeführten Bombardierungen der Irak - eine gigantische Machtdemonstration mit vernünftigerweise 100.000 Toden auf irakischer Seite in 6 Wochen - sollen ca. 38 Milliarden DM in den nächsten Jahren für die "Befreiung" der "Kriegsgefangenen" und "Kriegsbeschädigten" und "Sünder" und Westberlins hinfängelpunkt werden. Noch dramatischer aber als in Westdeutschland spielt sich die Lage auf dem Gebiet der ehemaligen DDR zu.

In erster Linie sind vor der Verschlechterung der Lebensbedingungen die Arbeitslosen und Arbeiter sowie die anderen Vertriebenen über dieser "fünf neuen Bundesländer" betroffen - alle gerade so, denn in vollständiger Verschiebung des Blicks vom Himmel vorgelegt wurde, wann ist nur für die große Rücksicht wird die Erhöhung der Mieten sein.

Es sind inzwischen 100 000, die dort die Arbeit niedrigen, ja begrenzten, Mietpreislage zu besetzen und Prozesse aller Art gegen die gesamte Art und Weise der Erweiterung der DGB durch den west-

**Keinem soll's schlechte
gehn, die Botschaft hört
ich wohl! Wohl der Kohl-**

nenn wird es schlechter gehen" - diese Wahlparole haben die Arbeiterinnen und Arbeiter des ehemaligen DGB noch in den Ohren, was heute ihre Besorgnis zutrifft werden, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit unsere Welt zu zerschlagen und die Zweimillionengruppe lange überschritten haben. Die Lebensbedingungen der über großen Mehrheit der Bevölkerung der ehemaligen DGB haben sich radikal verschlechtert und verfallen können, wie in Schüben immer weiter, der nächste

Rückschritt: werden muß!

Jedem wird immer bewusster, dass die große Mehrheit der Bevölkerung der DDR, die im Dezember 1990 nicht einmündig für das "Anschluß" votierte, mindestens nicht mehr jede Versprechung Bonner Politiker einfach glaubt - zu kurz ist die Realität, allzu viel und oft irreführend die Beug und die Lage der Politiker des westdeutschen Imperialismus!

Die ekelhaften SED/ PDS-Revisionisten

Die PDS ist die Partei, die sich heute in der DDR gerne als "Opposition" darstellt. Sie spekuliert dabei auf das kurze Gedächtnis der Menschen:

Ist denn wirklich schon vergessen, daß die POS seit ihrer Umbenennung immer für die Vereinigung von BRD und DDR eingetreten ist, daß sie stets nur die Art und Weise, das eingeschlagene Tempo usw., nie aber die Einverleibung selbst kanalisiert hat?

In den 1980er Jahren vergingen, das unter der SED 1989 Honecker aus anderen Gründen wieder annehmendes, überlegenes sozialistisches System existierte? Da gerade die Revolutionen in der SED die ersten, positiven Ansätze hin zu einem Sozialismus in der sowjetischen Besatzungszone und in den ersten Jahren der DDR waren, wurde die Idee der systematischen Ruinierung der Ideale des Sozialismus, der sozialistischen Demokratie, der Idee der Diktatur des Proletariats über Kapitalistikklassen und Reaktion erst die kampflose "Übergabe" der auch kampflos völlig heruntergewirtschafteten DDR an das westdeutsche Imperialismus ermöglicht? hat?

Die Denationalisierung der breiten Massen der Werktätigen in der ehemaligen DDR, die fehlende Bereitschaft, Imperialismus und Opportunismus wirklich den Kring zu erklären - das ist ein Produkt der SED/PDS, ihres korrupten revisionistischen Apparates.

Nur ohne und gegen diese Verräter am Sozialismus können die Ideale der Kommunistischen Partei, die Ideale von Marx und Engels, die Ideale der sozialistischen Oktoberrevolution, Lenins und Stalins verteidigt, nur ohne und gegen diese Heuchler kann wirklich revolutionär gegen die Einverleibung durch den westdeutschen Imperialismus gekämpft

Lest und studiert im Original:



U.S. CIVIL DISTRICT COURT
DISTRICT OF COLUMBIA
SOUTHERN DISTRICT
U.S. CIVIL DISTRICT COURT
DISTRICT OF COLUMBIA
SOUTHERN DISTRICT

stirnig. Und von uns 16 Millionen läßt sich bei nun insgesamt rund 80 Millionen nun auch nichts mehr machen, wobei die sogenannte Zweidrittel-Gesellschaft sich hier ganz schnell mit jedoch umgekehrten Vorzeichen herausbilden, nein, hineingedrängt wird.

Aber, mit der ausbeuterischen, konsum- und wegwerforientierten kapitalistischen Marktwirtschaftsgesellschaft lassen sich nicht die dringend zu bewältigenden Weltprobleme lösen!

• Bleiben Sie in Gegenströmung und freundliche Grüße, W.

Ein weiterer Brief des Lesers erreichte uns einige Wochen später:

*Vielen Dank für die Zusendungen und für die
Zusatzexemplare zum Weiterreichen bzw. Aus-
hängen. Betreffs gewünschter Informationen von
hier d.h. aus meiner, aber ganz sicher weitge-
hendst objektiver Sicht, die aber natürlich nicht
die allgemeingültige ist. Fest steht aber, daß bei
der breiten, schnell Wohlstand erhofft habenden*

Bevölkerungsmehrheit die Stimmung zunehmend ins Negative (d.h. Bedrückung, Angst, Enttäuschung) umschlägt. Was mir/uns eigentlich klar war - von Sommer 1989 bis jetzt sind wir von einer Diktatur in eine andere geraten d.h. jetzt in die Diktatur des Kapitals. Und nur zwischenzeitlich - von Spätherbst 89 bis März 90 (zumindest für mich) war eine wirklich hoffnungsvolle freie Etappe. Wenn schon (Wieder)vereinigung, dann hätte diese zumindest regierungsseitig gesteuert werden müssen mit längeren Übergangs- und Anpassungszeiten. Dieses ist nun hier die reine Ko(h)lonisierung! Unsere ganze Produktion wurde von der altbundesrepublikanischen total überrollt, zu Boden gebracht, sodaß wir auf weiten Strecken zu einem Billigrohstoffliefergebiet gemacht wurden/werden (ähnlich den Entwicklungsländern - je ärmer und dann auch meist umso verschuldeter, umso billiger werden dort die Rohstoffe rausgeholt). Das Schlimme dabei ist auch noch, daß unsere Bevölkerung diese westelbischen Produkte bevorzugt, die ja, abgesehen von der Verpackung, vom inneren Wert häufig keinesfalls besser sind - und damit selbst "unsere" Produktion mit finanziell "trockenlegt". Und nun ist bei uns alles "marode" (damit sind ganz sicher auch wir hier alle oft genug gemeint). Und dann unsere sagenhaften Umweltverschmutzungsaltlasten, Asbestprobleme und, und, und. (Aber wer hat denn noch und zum Teil größere und europabedeutende Bestände von Seeadlern, Großtrappen, Schwarzstörchen u.v.a. - doch die Ex-DDR!) Ja, wenn die "Ware" (d.h. Ex-DDR - Viele hunderte Milliarden DM Reichtümer) in den "Dreck" gezogen wird, dann wird sie natürlich billiger und um so öfter, umso billiger wird sie verkauft werden! Und, bei der, wie man auch so ganz richtig sagt, "Filetierung" - wer kann das Filet, die Schinken, Keulen u.a kaufen! Doch nicht unsere in den FNL (Fünf Neue Länder), sondern doch "ihrerseits" starkes wirtschaft/politikverflochtenes Machtpotential!

Gut finde ich aber, daß wie Ihr "Gegen die Strömung" frei gedruckt werden kann - bei einer 2/3-Gesellschaft, wie bei Ihnen sind die Machtpositionen ja auch ziemlich sicher, sonst wäre das bestimmt nicht möglich- und wie wohl schon

+ Briefe + Briefe + Briefe + Briefe + Briefe + Briefe + Briefe + Briefe + Briefe + Briefe +

genannt, bei uns sind die 2/3 / 1/3 Verhältnisse jetzt ganz schnell nur weit niedriger und mit jeweils anderen Vorzeichen!

Und nun noch ein paar Beispiele des wirtschaftlichen Niederwalzens: Gewächshausbetrieb ... (Millionenvermögen- mit unser aller Geld hier. Produktionen besonders Früh- und Gewächshausgemüse und -blumen) oder Obstbaugroßbetrieb ..., auch mit Großlagerhallen für Kernobst, auch automatischer Temperatursteuering und CO₂-Gaslagerung, die sonst laufend die Kaufhallen u.a. ... Umgebung beliefert haben. Diese Kaufhallen wurden aber alle bis zum letzten "abgewickelt" - "Spar" usw. - und die haben ihre alteingefleischten Lieferanten, sodaß nun "unsere" Produzenten zwar weiter beliefern dürfen, aber es erfolgt keine Abrechnung und Vergütung laut Weisung aus den Zentralen dieser "Multis", sodaß versucht wird, die Bestände (wie Obst) zum Teil am Straßenhandel, in Verkaufsbaracken und so zu verkaufen. Oder in ..., gab es eine modernisierte Molkerei, aber kleinerer Dimension mit einer Produktion von zum Teil Spitzenprodukten (Käse, Quarkprodukte, Joghurt, Butter, Frischmilch). Aber sie wurde "abgewickelt". Jetzt transportiert man die "zurückgeschraubte" Milchproduktion zum größeren Milchbetrieb nach ..., aber von dort wird dann wieder ein größerer Teil per Großtransporter, weil ja alles von "Ihrer" Seite in Griff genommen wurde, ins ...-Gebiet (von Westdeutschland, Anmerkung der Redaktion) zur Verarbeitung (Gewinnmaximierung) geschafft, sodaß nun auch in ... West-Frischmilch verkauft wird. Über 50% der erzeugten Ex-DDR Milchproduktion rollen schon zur Verarbeitung in die Territorien der Alt-BRD-Länder. Unsere Straßen werden voll und voller, unsere Bäume werden massiv kränker.

Oder noch, aus dieser langen, langen Kette. Unsere (Ex-DDR-) Zuckerindustrie bekam eine reduzierte Zuckerrübenverarbeitungsquote (Zuckerquote), sodaß man mindestens 70.000 t Zuckerrüben (von offiziellen Stellen mündlich offen genannt) hat im Herbst auf den Feldern, meist schon gerodet und in Lagerhaufen, vergammeln lassen. Die Viehbestände mußten auch abgestockt werden, sodaß da auch kein Ersatzbedarf war.

Und nun auch in unseren Zeitungen täglich Spendenaufrufe für "Brot für die Welt" !!

Also ich bin u.a. Abonnementleser der TAZ (wobei auch "unsere" Pressemedien, soweit sie noch existieren, fast alle inzwischen am Gängelband von "Westmultis" hängen, das "Deutsche Landblatt" z.B. an dem der FAZ) und liege auf der Meinungsebene besonders von Günter Grass, Stefan Heym, Christoph Hein, Helga Königsdorf, Oskar Lafontaine z.T. und besonders auch von Axel Eggebrecht seit Jahrzehnten.

Allerbeste Grüße, W.

Antwort auf den Brief von W. (14.5.91):

Lieber Freund,

besten Dank für Deinen Brief vom 19. April dieses Jahres! Wir sind natürlich auch weiterhin an Meinungen und Informationen aus der "Ex-DDR" interessiert.

Zunächst wollen wir Dir aber auf einige Punkte in Deinem Brief antworten, in denen wir durchaus auch anderer Meinung sind.

Treffend finden wir Deine Einschätzung, daß Ihr von "einer Diktatur in eine andere geraten - d.h. jetzt in die Diktatur des Kapitals" geraten seid. Doch was war zuvor? Sicherlich nicht die "Diktatur des Proletariats", die die SED-Fürsten immer vorgaben zu verwirklichen, und dessen sie von den westdeutschen Bourgeois auch immer geziehen wurden. Unserer Meinung nach war spätestens Mitte der Fünfziger Jahre der Weg in Richtung Sozialismus in der DDR abgebrochen worden. Einen gewissen Einschnitt stellen vielleicht die Debatten in der SED in den Jahren 1948/49 dar, wo vielleicht noch das Ruder hätte herumgeworfen werden können.

So herrschte unserer Meinung nach in der DDR eine Diktatur der SED-Bürokratie, eine Diktatur der neuen Bourgeoisie, die sich nur in der Art und Weise (und vielleicht auch der Effizienz) der

+ Briefe + Briefe + Briefe + Briefe + Briefe + Briefe + Briefe + Briefe + Briefe + Briefe +

Ausbeutung der Werktätigen, in der Form der Verschleierung ihrer Herrschaft durch "sozialistische" Phrasen von ihresgleichen im Westen unterschieden.

Du schreibst, daß nur zwischen Spätherbst 89 und März 90 eine wirklich freie und hoffnungsvolle Etappe war. Sicher, in dieser Zeit waren viele Werktätige, Jugendliche in Bewegung, auf den Straßen. Die Massen nahmen sich Freiheiten, die sie zuvor entbehrt hatten. Es wurde sicherlich viel diskutiert über den weiteren Weg, es gab viele Hoffnungen und Träume. Und die SED/PDS-Fürsten waren noch sehr in der Defensive, während die westlichen Meinungsmacher diese Bewegung noch nicht sicher genug im Griff hatten.

Es war sicher eine Zeit, die noch eine Vielzahl von Entwicklungsmöglichkeiten bot. Doch bei genauerem Hinsehen, wurden diese Möglichkeiten genutzt? War der Großteil der Bewegung von den politischen Forderungen her und von der Ideologie in den Köpfen nicht doch schon entscheidend geprägt von der Ideologie des westdeutschen Imperialismus, des westdeutschen Revanchismus?? In welchem Umfang, das können wir nicht einschätzen, daß diese Elemente aber in nicht unerheblichem Maße existierten, dessen sind wir uns sicher.

Weiter schreibst Du, "wenn schon (Wieder-) Vereinigung, dann hätte diese zumindest regierungsseitig gesteuert werden müssen mit längeren Übergangs- und Anpassungszeiten".



Die ungebrochene Tradition



zerschlagen!

So sei das "eine reine Ko(h)lonisierung".

Sicher, die jetzige Misere in der Ex-DDR ist untrennbar mit dem Namen Kohl verbunden, ist einiges sicher verursacht durch die "blitzkriegsartige" Einverleibung der DDR. Doch der Name Kohl steht nicht nur für diesen "stattlichen", aber etwas dummlich wirkenden Herrn aus der Pfalz, für seine sich "christlich" nennende Partei, sondern in erster Linie für den Repräsentanten des westdeutschen Imperialismus, der zur Zeit dessen

Geschäfte führt. Und in dieser Eigenschaft unterscheidet er sich nicht wesentlich von dem, was genauso gut an seiner Stelle ein Vogel oder Lafontaine verkörpern könnte.

Es geht nur darum: Durch die Einverleibung der DDR den Herrschafts- und Machtbereich des westdeutschen Imperialismus zu vergrößern, neue Bodenschätze und Menschen seiner Ausbeutung zuzuführen, um ihn zu stärken und voranzubringen in seinem Streben nach Weltherrschaft.

+ Briefe + Briefe + Briefe + Briefe + Briefe + Briefe + Briefe + Briefe + Briefe + Briefe + Briefe +

Und dieses Geschäft haben alle Politiker an der Spitze seiner Regierung zu erledigen, egal aus welcher Partei sie kommen, aus SPD, CDU, CSU, FDP oder sonstwoher.

Und da haben wir auch einen entscheidenden Widerspruch zu Dir: Ein Oskar Lafontaine hätte es vielleicht - wer weiß? - geschickter verstanden, die Einverleibung den Arbeiterinnen und Arbeitern, den Werktätigen hier wie dort zu "verkaufen", hätte vielleicht für "längere Übergangs- und Anpassungszeiten" gesorgt - aber eben auch im Interesse des westdeutschen Imperialismus.

Unsere Position dazu ist seit unserer Gründungszeit 1974 unmißverständlich klar: Wir haben jegliche (Wieder-)Vereinigung unter der Regie des westdeutschen Imperialismus immer abgelehnt und bekämpft. Auch jetzt halten wir, trotz der großen Erfolge, die der west/deutsche Imperialismus im Prozeß der Einverleibung bereits erzielt hat, an unserer Haltung fest, solange noch eine, wenn auch äußerst geringe, Chance besteht, diesen Prozeß aufzuhalten bzw. rückgängig zu machen. Gleichzeitig verschließen wir natürlich nicht die Augen vor der Realität und machen uns unsere Gedanken für den wahrscheinlicheren Fall, daß es dem west/deutschen Imperialismus auch weiterhin gelingt, die Einverleibung "unumkehrbar" abzuschließen.

Bezüglich der Pressefreiheit hier in Westdeutschland solltest Du Dir keine Illusionen machen. Zwar können wir zur Zeit noch relativ unbehelligt publizieren (mehr ein Zeichen unserer Schwäche, denn der "Gutmütigkeit" des westdeutschen Staatsapparates), doch wo der Nerv der westdeutschen Bourgeoisie getroffen wird, da heulen sie auf und schlagen zu. Die Redakteure fortschrittlicher und revolutionärer Zeitungen können ein bitteres Lied davon singen! Auch unser presserechtlich Verantwortlicher stand bereits mehrmals vor Gericht, zuletzt wegen Flugblättern gegen die Volkszählung, als bei ihm mit vorgehaltener Pistole Haussuchungen durchgeführt wurden!

Soweit ein paar Anmerkungen zu Deinem Brief. Wir sind auf Deine Antwort gespannt. Wenn Du etwas weißt von Initiativen in Deiner Nähe gegen

die (Folgen der) Einverleibung, gegen die Neonazi-Übergriffe auf Polen und Leute aus anderen Ländern, berichte uns doch bitte davon. Oder schicke uns Flugblätter, die bei Euch kursieren. Und Adressen von Buchläden, Jugendtreffs etc. an die wir evtl. Literatur schicken könnten und, und, und...

Solidarische Grüße, ...



R. aus der ehemaligen DDR:

(...) Die übersandte Broschüre "Marx und Engels über das reaktionäre Preußentum" habe ich 1947 in der SU gelesen und sie in der DDR nie erhalten können. Deshalb forderte ich sie bei Ihnen an.

Ehrlich: Ich war enttäuscht, denn ich hatte sie besser in Erinnerung.

Dennoch - es finden sich gute Zitate darin.

Es ist wie mit vielen Materialien von Ihnen: Man muß nicht nur überlegen, was man sagt, sondern auch, wie man es sagt.

Und die Stalinsche Diktion kommt bei den Menschen in diesem gegenwärtigen Deutschland nicht mehr gut an. Gegen die Strömung muß man sicher auch schwimmen können. Das beweist gerade der Zusammenbruch der UdSSR. Den Zusammenbruch der DDR haben wir ja nun schon 2 Jahre hinter uns. Wir wissen, was da nun so weiterhin kommen wird.

Meine Meinung:

Die schlimme Krankheit der Linken ist ihre Zersplitterung: Jeder gegen jeden, statt alle gegen den Klassengegner.

Nun - schwimmen Sie gegen den Strom.

Sollten Sie mir ab und zu Material schicken wollen, tun Sie das.

Aber mit meinen 70 Lebensjahren werde ich keine Bäume mehr ausreißen können.

Mit freundlichen Grüßen, ...

Ausschnitte aus weiteren Zuschriften:

B. aus einem westdeutschen Knast:

liebe genoss-inn-en vom buchladen,
vor längerer zeit habe ich in der
"taz" und kürzlich nochmal im
"ak" eine anzeige bzgl. des bu-
ches: marx, engels, lenin, stalin:
über den partisanenkampf gelesen.

da das thema mich interessieren
würde und die hiesige knastbücherei
- auf dem politischen sektor - nur
reaktionären schrott da hat, möchte
ich euch fragen, ob's nicht möglich
wäre, mir ein exemplar zukommen zu
lassen. bezahlen kann ich's leider
nicht, da ich hier - natürlich - die
zwangsarbeit verweigere. es kann
auch gerne ein exemplar sein, wo der
einband 'was beschädigt ist o.ä.

nach dem lesen lasse ich es dann in
weitere interessierte hände gehen
(wovon es leider nur wenige gibt).

in der hoffnung, daß ihr 'was für
mich tun könnt, schicke ich euch
powervolle grüße durch die mauer
(bis sie bricht)

B.

Das Buch wurde B. umgehend zugesandt.

E. aus Westdeutschland:

...Richtig ist auch Eure Studie
über den Zerfall bzw. Rückfall
der UdSSR in die reaktionär-na-
tionalistische Kleinstaateri,
deren Nutznießer der Westimpe-
rialismus auf halbkolonialer
Basis sein wird. Die zwangsläuf-
ig folgende Überverschuldung
dieser Kleinstaaten wird die
Menschen wiederum wie mit Ketten
an ein neues kapitalistisches
Ausbeutersystem schmieden, von
denen sie nur eine erneute sozia-
listische Revolution befreien
kann.

M. aus der Ex-DDR:

...bitte ich, mir die zwei neu
herausgegebenen Bücher aus Anlaß
der widerlichen "Preußen-Fei-
ern" sowie des 50. Jahrestages
des Überfalls des Nazi-Faschis-
mus auf die sozialistische So-
wjetunion Stalins zuzusenden.

Dem Schreiber wurde zugeschickt:

Marx • Engels • Lenin • Stalin: Über den Par-
tisanenkampf, Moskau 1944

Marx und Engels über das reaktionäre Preu-
Bentum, Moskau 1942

Aus einem Brief von R. aus dem Nürnberger Knast:

zur zeit befinde ich mich im grusel-
kabinett zu nürnberg (knast) und
kann mit 'nem längeren aufenthalt
rechnen.

trotz meiner situation möchte ich
auch weiterhin versuchen, spezielles
informationsmaterial zu erhalten.

da ich ja nun etwas "mehr zeit"
habe, kann ich verschiedene sachen
nochmals genauer aufarbeiten bzw
erweitern.

da ich aber hier null kohle hab um
etwas zu löhnen, möchte ich euch
bitten bzw. anfragen, ob die mög-
lichkeit besteht, daß ihr mir ein
buch überlassen könntet: "Marx,
Engels, Lenin, Stalin über den Par-
tisanenkampf".

Auch R. hat das Buch zugeschickt bekom-
men.

Aus einem Brief von Ch. aus Westdeutschland:

... Besten Dank auch für die beige-
legten Flugblätter. Das Blatt über
die Kriagsverbrecher Friedrich ist
ausgezeichnet, besonders interessant
ist auch das Blatt über die deutsche
Einheit und wie die MLPD sie sieht.
Diese Frage will ich näher untersu-
chen und dann mein Ergebnis mittei-
len. In der Kürze geht das nicht,
ich habe erst gestern die Bücher
erhalten und will zunächst die Rech-
nung bezahlen. Besonderes Interesse
besteht auch an Werken von Marx,
Engels, Lenin, Stalin und Mao ...

Bericht über den 1. Mai 1991 in Leipzig:

“Schwarz - Rot - Gold ist das System! Morgen wird es untergeh'n!”

Mit großem Interesse waren wir in diesem Jahr zum ersten Mal auf den 1. Mai nach Leipzig in der Ex-DDR gefahren. Mit der festen Überzeugung, daß die Position, “lieber etwas zu spät, als zu früh” schon die endgültige Einverleibung der DDR zu konstatieren, die richtige Position sei, ging es uns darum, Kontakte zu knüpfen und Eindrücke zu sammeln.

Nachfolgend der Bericht eines Genossen, der in Leipzig war:

Der DGB hatte auf einem großen Rasenplatz in Leipzig eine Tribüne aufgebaut, als wäre eine Kundgebung mit über 5.000 Leuten zu erwarten gewesen. Real flanierten etwa 100 bis 200 Menschen an den 14 Ständen der Einzelgewerkschaften vorbei, die angekündigte Rede fiel angesichts dieses “Besucherstroms” einfach aus.

Eigentlich müßte diese Niederlage des DGB ja als “freudiges Ereignis” angesehen werden, wenn, ja wenn irgendwo am 1. Mai eigenständige Aktivitäten der von Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau betroffenen Werktätigen zu sehen gewesen wären. Das jedoch war nicht der Fall. Die Leute waren schlicht zu Hause geblieben.

Ganz anders dagegen eine Demonstration quer durch die Innenstadt von Leipzig: Ungefähr 400 Jugendliche rannten in atemberaubendem Tempo

mit dem Sprechchor “Schwarz - Rot - Gold ist das System / Morgen wird es untergeh'n”, mit Transparenten und Fahnen durch die Straßen. Die in Leipzig massiv auftretenden Neonazis waren zwar teilweise sichtbar, hielten aber sehr wohlweislich, angesichts der beeindruckenden Entschlossenheit dieser jugendlichen “Antifas”, genügenden Abstand.

Die überwiegende Mehrheit der Teilnehmer waren wohl Schülerinnen und Schüler sowie Lehrlinge. Nach einer Reihe von Überfällen durch Skins und Neonazis auf die beiden zentralen Treffs dieser Jugendlichen sind sie offensichtlich zur Gegenwehr entschlossen. Auf der Demonstration war eine locker koordinierte, aber dennoch überzeugende Kraft spürbar. Rasant auch die überraschende Auflösung der Demo, die mit einem Schlag in den Unterführungen des Hauptbahnhofs endete - und “wie vom Erdboden verschluckt” war.

Mit ungewöhnlich großem Interesse wurde trotz des Lauftempo das von uns verteilte Programm der KPD von 1918 (mit dem Aufdruck, daß wir an Berichten über die Lage in der EX-DDR sehr interessiert sind) von der Hälfte der Teilnehmer genommen und öfters noch nachverlangt.

Erster Kontakt zur Antifa-Szene in Leipzig wurde geknüpft, interessante Diskussionen und Informationen sind zu erwarten.



Das Neueste aus der MLPD:

Die Einverleibung der DDR durch den west/deutschen Imperialismus und ihre angeblich 'hauptsächlich fortschrittliche Seite'!

Die MLPD für die Einverleibung der DDR durch den west/deutschen Imperialismus - das ist die Quintessenz des Diskussionsbeitrages zum IV. Parteitag der MLPD "Der Doppelcharakter der Wiedervereinigung und ihre hauptsächlich fortschrittliche Seite" in der "Roten Fahne" Nr. 39/1991. Dieser Artikel, der im Grunde genommen nur ausführt, was der Vorsitzende der MLPD, Stefan Engel, bereits in der "Roten Fahne" Nr. 26/1991 richtungsweisend darlegte, hat in den Reihen der Mitglieder und Sympathisanten der MLPD für Furore gesorgt. Jeder, der auch nur einen Funken revolutionären Geistes, nur ein Quentchen Kampfeswillen gegen den west/deutschen Imperialismus besitzt, muß empört sein angesichts dieser Liebedienerei gegenüber dem west/deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus.

Worum geht es?

Natürlich präsentiert die Führung der MLPD ihre erneute Kapitulation vor der westdeutschen imperialistischen Bourgeoisie nicht so klar und unverbrämt. Der Autor des o.g. Artikels benutzt eine ganze Menge von Taschenspielertricks, redet vom "bestimmenden Widerspruch", von den "inneren und äußeren Ursachen" und von der "hauptsächlichlichen Seite des Widerspruchs" und gibt das ganze - auch noch unter fälschlicher Berufung auf Mao Tse-tung - als Dialektik aus.

Doch der ganze Zauber kann nicht darüber hinwegtäuschen, um was es dem Autor "ar." als Sprachrohr der MLPD-Führung letztendlich geht: Die "Wiedervereinigung", sprich: Einverleibung der DDR durch den west/deutschen Imperialis-

mus, wird als "hauptsächlich fortschrittlich", als **"in erster Linie"** das fortschrittliche Ergebnis des Kampfes der Massen" ausgegeben!

Die Bewegung ist alles, das Ziel ist nichts???

In bewährter rechtsopportunistischer Manier stiert die Führung der MLPD auf die "anschwellende Protestbewegung" in der DDR, die "den BRD-Imperialismus zunehmend in Zugzwang brachte". Diese Bewegung wird dann auch noch ohne Einschränkung als "demokratische Volksbewegung" charakterisiert. Damit aber werden die Tatsachen auf den Kopf gestellt!

<p>Einer der wenigen, wenn nicht gar der einzige richtige Satz einer alten MLPD-Erklärung wird jetzt über den Haufen geworfen und für falsch erklärt:</p>
--

<p><i>"Wer unter der Herrschaft des Imperialismus die 'deutsche Einheit' verwirklichen will, der macht sich - ob er es will oder nicht - zum Handlanger des deutschen Monopolkapitals."</i></p>
--

<p>(ZK-Erklärung von Januar 1990, zitiert nach "Rote Fahne der MLPD", Nr. 39/1991)</p>
--

Die westdeutschen Imperialisten betreiben seit der staatlichen Gründung der Bundesrepublik eine Politik der revanchistischen "Wiedervereinigung". Dabei war die Initiierung und Unterstützung einer "Opposition" in der DDR nur eines der vielen Mittel zur Destabilisierung. Konnte vielleicht 1989/90, in den ersten Wochen der Protestbewegungen in der DDR, noch in Teilbereichen von einem berechtigten Protest zum Beispiel gegen Waffenschiebergeschäfte und Korruption gesprochen werden - wenngleich von vornherein pro-westdeutsche Kräfte entscheidenden Einfluß hatten -, so entpuppten sich die Massenkundgebungen rasch als **eindeutig reaktionäre Bewegungen** unter fester Führung der westdeutschen Imperialisten und ihrer Politiker. Jede wirklich fortschrittlich zu nennende Bewegung wäre daran zu erkennen gewesen, daß sie ohne wenn und aber die "Einheit" mit dem westdeutschen Imperialismus ablehnt, daß sie den Kampf gegen diese Einheit führt. Doch die MLPD-Führung macht gerade die Bewegung **für** die Einheit mit dem westdeutschen Imperialismus zur "demokratischen Volksbewegung"!

Die Nation über alles???

So nimmt es auch nicht Wunder, daß für die Führung der MLPD die Nation an erster Stelle steht, daß sie die "Basis" ist, auf der sich der Klassenkampf entfalten soll, daß sie "die besten Kampfbedingungen" bieten soll wegen der "Gemeinschaft der Sprache, des Territoriums, des Wirtschaftslebens, der sozialen und kulturellen Beziehungen". Mit so einer "Argumentation" wäre die Einverleibung des Saargebietes durch die Nazis 1935 auch 'hauptsächlich fortschrittlich' gewesen! Es erstaunt in diesem Zusammenhang dann allerdings auch nicht, daß im gesamten Artikel in der "Roten Fahne der MLPD" kein

einziges Wort darüber verloren wird, welche Bedrohung der durch die zunehmende Einverleibung der DDR noch mehr erstarkende westdeutsche Imperialismus, Revanchismus und Militarismus für die Völker der Welt bedeutet. Wichtiger ist der Führung der MLPD offensichtlich der "Verlust eines Teils des kulturellen Erbes der Nation", der durch die Einverleibung jetzt wieder wettgemacht werden konnte!!

Die Ablehnung der Einverleibung der DDR ist für die MLPD nur eine "zeitgebundene, konkrete Aussage"!

Der als "Selbstkritik" ausgegebene Salto mortale der MLPD-Führung, daß sie "einseitig die Einverleibung durch den BRD-Imperialismus" bekämpft hätte, bringt ihren ganzen prinzipienlosen Opportunismus ans Tageslicht. Nicht das, was richtig ist, sondern das Mögliche, das Machbare, ist die Leitschnur ihres Handelns. So wird der 'Mangel' des Programms der MLPD von vor 10 Jahren, das für die Überwindung der "Spaltung der Nation" die "sozialistische Revolution in beiden deutschen Staaten" zur Voraussetzung erklärte, in Schutz genommen, weil man unter den damaligen Bedingungen "noch davon ausgehen (mußte), daß zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands ein revolutionärer Massenkampf und die proletarische Revolution in beiden Teilen Deutschlands notwendig sein würden". Heute sei es völlig überholt, denjenigen als "Handlanger des deutschen Monopolkapitals" zu brandmarken, der "unter der Herrschaft des Imperialismus die 'deutsche Einheit' verwirklichen will". Denn schließlich ist auch die Ablehnung "eine(r) gewaltsame(n) Eroberung der DDR durch den BRD-Imperialismus" durch die MLPD nicht "grundlegender Natur", dabei handele es sich lediglich "um eine zeitgebundene, konkrete Aussage".

■ Wir betonen dagegen: Jeder, der sich für die Einverleibung der DDR durch den west/deutschen Imperialismus ausspricht, mit welcher faulen Begründung auch immer, macht sich tatsächlich zum Handlanger der west/deutschen Imperialisten. Auch wenn die Einverleibung der DDR bereits weit fortgeschritten ist, auch wenn es immer unwahrscheinlicher wird, daß dieser Prozeß durch eine machtvolle Massenbewegung noch aufzuhalten oder gar rückgängig zu machen ist, halten wir es für eine unbedingte Pflicht aller Marxisten-Leninisten, aller Revolutionäre und auch aller Demokraten, **gegen die Einverleibung der DDR durch den west/deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus zu kämpfen, ihn maximal zu schwächen!**

■ Wir rufen alle Mitglieder und Sympathisanten der MLPD, denen der Kampf gegen den west/deutschen Imperialismus, denen der proletarische Internationalismus mit den vom west/deutschen Imperialismus bedrohten Völkern wirklich am Herzen liegt, dazu auf, unsere Kritiken zu verbreiten und ernsthaft zu diskutieren!

■ (Alle im Text angeführten Zitate stammen aus dem Artikel "Der Doppelcharakter der Wiedervereinigung und ihre hauptsächlich fortschrittliche Seite", "Rote Fahne der MLPD", Nr. 39/1991)

Von "Gegen die Strömung" sind 1991 erschienen:

Nr. 52 Februar 1991

Die reaktionäre Hetze gegen die heutige Antikriegsbewegung bekämpfen!

Nr. 53 März 1991

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht (II)

Den Kampf von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht für die proletarische Revolution und den Kommunismus weiterführen!

Nr. 54 April 1991

Zur Analyse der Kommunistischen Internationale (Teil II)

Die aktuelle Bedeutung der Richtlinien des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale

Zur nationalen und kolonialen Frage

(Gemeinsame Erklärung von "Rote Fahne" der MLPÖ, "West-berliner Kommunist" und "Gegen die Strömung")

Nr. 55 Juli 1991

Die vor 25 Jahren veröffentlichte Selbstkritik der KP Indonesiens ist nach wie vor aktuell:

Der einzige Weg zur Befreiung ist die bewaffnete Revolution!

- ★ Suharto - Mörder!
- ★ Lernen wir von der Selbstkritik der KP Indonesiens im Kampf gegen den modernen Revisionismus
- ★ Dokument: Die Selbstkritik der KP Indonesiens von 1966
- ★ Überzeugende Gründe, warum die gewalt-same Zerschlagung des alten Staatsapparates notwendig ist
- ★ Vorwort zum Sammelband "Marx · Engels · Lenin · Stalin über den Partisanenkampf"

Nr. 56 September 1991

Die Verbrechen des west/deutschen Imperialismus am kurdischen Volk müssen aufgedeckt und bekämpft werden!

außerdem:

- ★ Zur Einschätzung des irakischen Regimes
- ★ Unsere Leserinnen und Leser haben das Wort
- ★ Provokation des west/deutschen Imperialismus auf Kreta

Nr. 57 Oktober 1991

Nazis machen die Arbeit von CDU/SPD/FDP/GRÜNEN, die seit langem eine Politik der "Abschreckung" verkünden:

Pogrome!

außerdem:

- ★ Über den Zusammenhang von Völkerwanderung, demokratischem Asylrecht und proletarischem Internationalismus
- ★ Eine berechtigte Kritik am Flugblatt vom Mai 1991

Inhalt:

Die Entwicklung der SED - ein Teil der "deutschen Misere" 1

(Flugblatt 11/91 von "Gegen die Strömung")

- Über unsere Herangehensweise 2
- Die Ausgangssituation in Deutschland 1945 3
- Thesen zur Diskussion über die Entwicklung der SED 4
- Aus den anfänglichen Fehlern und Versäumnissen der SED wurde eine falsche Linie, die schließlich zum revisionistischen Verrat führte 6

Zur Entwicklung der SED von 1946 bis 1956 7

- Veranstaltungsbericht -

- Zum Einleitungsreferat 8
- Bericht über den Diskussionsverlauf 9
 - 1. Der Aufruf des ZK der KPD vom Juni 1945 9
 - 2. Das Potsdamer Abkommen 12
 - 3. Die Gründung der SED 14
 - 4. Der "besondere deutsche Weg" zum Sozialismus 17
 - 5. Der Kampf gegen die Nazi-Ideologie 18
 - 6. Zum Charakter der Staatsmacht in der SBZ/DDR 19
 - 7. Die Lebensbedingungen in der DDR 22
 - 8. Der 17. Juni 1953 23
 - 9. Tiefergehender Kampf gegen die deutsche Ideologie 23
 - 10. Abschlußplenum 24

Korrespondenzen und Briefe unserer Leserinnen und Leser

Zur fortschreitenden Einverleibung der DDR und Westberlins durch den west/deutschen Imperialismus 25

Bericht über den 1. Mai 1991 in Leipzig:

"Schwarz - Rot - Gold ist das System! Morgen wird es untergeh'n!" 39

Das Neueste aus der MLPD:

Die Einverleibung der DDR durch den west/deutschen Imperialismus und ihre angeblich "hauptsächlich fortschrittliche Seite"! 40
